



Demokrat

tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Abbestellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

Abnahme werden laut Satz
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Nationale Zweifronten Kämpfe zwischen Faschisten und Arbeiterschaft.

Nun haben es uns die Deutschbürgerlichen gezeigt, wie es gemacht wird! Vordem konnte man von Zeit zu Zeit in den deutschbürgerlichen Blättern Aufforderungen an unsere Partei lesen, doch endlich in eine nationale Einheitsfront einzutreten, welchen Aufforderungen jedesmal lehrreiche Befehlungen über den Wert einer solchen geschlossenen Einheitsfront angehängt waren. In der vorigen Woche haben die deutschbürgerlichen Parteien in Abgeordnetenhause aller Welt vordemonstriert, was sie sich unter dieser so gepriesenen Einheitsfront vorstellen. Gegenüber den Erklärungen der Regierung bekundeten ihre beiden Redner, daß sie zur Politik der tschechischen Parteien nicht einmünden, sondern zwei Standpunkte einnehmen. Aus der Rede des Abgeordneten Krepel, des Sprechers der deutschen Agrarier, der deutschen Christlichsozialen und Deutschdemokraten, ging hervor, daß diese auf dem Boden des Staates und des Parlamentes den „schärfsten, rücksichtslosesten Kampf“ führen wollen, wohingegen die Rede Dr. Lodgman's eine Paraphrasierung der bekannten Resolution der „Kampfgemeinschaft“ von Troppan und Gablonz war, die vom Kampfe im Parlament nichts mehr erwartet, sondern nur vom „geschlossenen Widerstand der Unterdrückten“ und von der „steten Aufklärung des Auslandes“. Unsere freundlichen Mentoren von der deutschbürgerlichen Presse wären wohl in einiger Verlegenheit, wenn wir sie fragen wollten, wo denn also diese nationale Einheitsfront ist, der wir uns anschließen sollen.

Nicht verlegen zeigt sich die deutschbürgerliche Presse jedenfalls in der Rechtfertigung dieser nationalen Zweifronten. Wohl hörten wir, wie sich die einigen Uneinigen monatelang in allen Tonarten vom zartesten Vorwurf bis zum wüsten Beschimpfen der Störung der nationalen Einheit beizügten, wobei die beiden Zweifronten einander abwechselnd Waschlapptigkeit, Tschechenfreundlichkeit einerseits, Demagogie und verlogene Wortmacherei andererseits vorwarfen. Doch sonderbar: nun da die Einheitsfront der Deutschbürgerlichen in offener Parlamentsführung feierlich begraben wurde, zeigt sich allseitige Befriedigung über die vollzogene Scheidung und in den deutschbürgerlichen Blättern kann man es lesen, daß eigentlich gerade die Uneinigkeit ihrer Abgeordneten jenseitig wirken wird. Es geht wie ein Aufatmen durch diese Presse: Gott sei Dank, daß wir uneinig sind! Und wörtlich heißt es: „Was der deutschen Politik bis nun so maßlos geschadet hat, war die Unklarheit und mangelnde Offenheit im Ziele und im Vollen“. Jetzt ist also nichts mehr da, was der deutschen Politik „maßlos schaden“ könnte. Man kann danach neugierig sein, was die Deutschbürgerlichen durch die so jubelnd begrüßte Zweiteilung ihrer parlamentarischen Truppe für das deutsche Volk erringen werden.

Es ist nicht gerade übermäßig aufregend, ob die Herren Deutschbürgerlichen hinter einem Fähnlein einhermarschieren oder hinter zweien. Man wird auch nicht annehmen, daß davon das Schicksal des deutschen Volkes im tschechoslowakischen Staate abhängt. Aber festgestellt muß doch werden, daß jetzt diese Zweifronten der deutschen Bevölkerung als das wahre Heil einzutreten gesucht wird, während bisher ganz andere Töne darüber zu hören waren. Herr Dr. Lodgman, der Vater des Gedankens der Schaffung einer radikalen Stoßtruppe innerhalb des Deutschparlamentarischen Verbandes, der sich auch die Deutschgelben angeschlossen haben, glaubt den Stein der Weisen, das unerhörte neue Kampfmittel darin gefunden zu haben, daß er seiner Truppe nicht mehr das Parlament, sondern die Aufklärungsarbeit draußen im Lande und die Propaganda im Ausland als Feld der Betätigung anweist. Seit er hat derselbe Dr. Lodgman im Parlamente schon zweimal sehr ausgiebig das Wort ergriffen und seine Rannenn machten sich durch Zwischenrufe reichlich bemerkbar, der „Kampf außerhalb des Parlamentes“ ist aus dem Bereich der nebelhaften Phrasen noch nicht herausgerückt. Phrase und Ausdruck politischer Hysterie wird die von der „Kampfgemeinschaft“ verkündete „parlamentarische Pas-

Rom, 31. Oktober. (Tsch. P.) Aus verschiedenen Provinzstädten wird gemeldet, daß die Faschisten die sozialistischen Arbeiterheime besetzt und die verhafteten Faschisten befreit haben.

Rom, 31. Oktober. (Tsch. P.) Zwischen den Faschisten und den Bewohnern des Arbeiterviertels ist eine Vereinbarung getroffen worden, wonach sich beim Einzuge der Faschisten beide Teile jeder Provokation enthalten sollen. In der Vorstadt San Lorenzo schritten beim Einmarsch der Faschisten vor dem Juge drei sozialistische Führer, um die Vereinbarung äußerlich zu dokumentieren. Trotzdem kam es zu einem Zusammenstoß, der ein mehrstündiges Feuergefecht zur Folge hatte, in dessen Verlauf sieben Personen getötet und viele verletzt wurden. Das Haus des Sozialistenführers Mingrino wurde in Brand gesteckt und die Lokale der Sozialisten von den Faschisten besetzt.

Faschistenzusammenstoß mit Kommunisten.

Rom, 31. Oktober. (Sabas.) Im Vorstadtviertel Tiburtina ereignete sich gestern gegen Abend ein Konflikt zwischen Faschisten und Kommunisten, bei welchem nach Blättermeldungen acht Personen getötet und viele verletzt wurden.

Gegen den Generalkrieg.

Rom, 30. Oktober. (Sabas.) In einem vom Allgemeinen Arbeitsverbande erlassenen Aufrufe werden die Arbeiter vor der vom kommunistischen Gewerkschaftsverbande ausgegebenen Generalkriegspetition gewarnt. Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, Ruhe zu bewahren und Vertrauen in die Zukunft zu hegen.

Zahnfleisch der Kommunisten.

Paris, 31. Oktober. (Sabas.) Nach einer Meldung aus Rom haben alle kommunistischen Gemeindevertretungen ihre Demission gegeben. Die kommunistischen Führer haben um Pässe ins Ausland ersucht.

Demobilisierung der Faschisten.

Rom, 31. Oktober. (Agence Stefani.) Die Faschistenführer ordneten die Demobilisierung der Faschisten an, welche sich jetzt in großer Zahl in Rom befinden. Nach dem Umzuge, der heute abends stattfindet, werden sich die Faschisten in ihre Heimat begeben. Die Situation in Italien ist wieder normal (!). Die öffentliche

Lebenssituation“ auch weiterhin bleiben und das Versprechen der Lodgman und Jung, mit den „herkömmlichen Mitteln des Kampfes zu brechen“, „endlich einmal die Welt aufzubrechen zu lassen“ und „die kleine Entente zu zwingen, sich mit der Frage der Deutschen in den Subetensländern zu beschäftigen“, wird sich bald als das entpuppen was es ist: ein Versuch, die deutsche Bevölkerung mit „revolutionär“ klingenden Schlagworten frech hinter Licht zu führen, als ob sie, die sich die Radikalkisten nennen, die besseren und erfolgreicheren Kämpfer um das Selbstbestimmungsrecht wären.

Einen anderen Schwindel hat man längst durchschaut: das ist die Annahme der Herren Deutschbürgerlichen, stets im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, als ob sie allein auf der Welt und nur sie das deutsche Volk wären. Man kann sich eines Lächelns nicht erwehren, wenn man in ihren Zeitungen liest, daß die Reden Krepels und Lodgman's den „Anfang einer neuen Zeit“ bedeuten, und daß die „Stellung der Deutschen im tschechoslowakischen Parlamente“ nunmehr „präzisiert“ sei. Dasselbe Blatt, es ist das „Prager Tagblatt“, dessen einziger Zusammenhang mit dem deutschen Volke in Abonnenten und Inserenten, aber nicht in Wählern besteht, unterfängt sich auch, im Namen des „überwiegenden Teiles der deutschen

Meinung begrüßt mit großer Befriedigung die Lösung der Krise. (Es in Nachrichten des offiziellen Büros anders zu lesen, konnte niemand erwarten. D. Red.)

Imperialisten unter einander.

Rom, 31. Oktober. (Stefani.) Die Blätter veröffentlichen die zwischen Mussolini und D'Annunzio gewechselten Depeschen. Mussolini erklärt, er werde maßvoll sein und den Sieg nicht mißbrauchen. D'Annunzio erklärt, man müsse die Kräfte konzentrieren und Italien seiner großen Zukunft zuführen. Die Blätter veröffentlichen auch ein Schreiben D'Annunzios, in welchem er empfiehlt, die Wahlen erst im Frühjahr vorzunehmen, damit sich die neue Regierung auf die Grundlage des nationalen Wiederaufbaues stellen könne. Arbeit werde die Schöpferin des großen Vaterlandes sein müssen. Die Zukunft öffne sich vor Italien wie ein Triumphbogen.

Mussolinis Außenpolitik „kettig“.

Rom, 30. Oktober. (Sabas.) Mussolini erklärte gegenüber Journalisten, daß die auswärtige Politik des neuen Kabinetts eine feste sein und alle Ueberstürzungen vermeiden werde. Sie wird von den Gefühlen der Freundschaft und Loyalität zu den Alliierten durchdrungen sein.

Ein italienisch-ungarisches Bündnis?

Berlin, 31. Oktober. (Eigenbericht.) Die deutschbürgerliche Presse mit Ausnahme der deutschnationalen Blätter sieht den Vorgängen in Italien mit Besorgnis zu. Wenn auch angenommen wird, daß in Deutschland für geheime Verschwörungen und putschistische Abenteuer kein Boden ist, so befürchtet man doch, sowohl beim Zentrum sowie in der deutschen Volkspartei, daß das gelungene Unternehmen der Faschisten ähnlich gestimmte Elemente in Deutschland veranlassen könnte, den Versuch zu einer Nachahmung zu unternehmen. In diesem Zusammenhang schreibt der „Vorwärts“: „Wie uns mitgeteilt wird, haben die italienischen Faschistenführer erst vor einigen Wochen in Budapest wichtige Verhandlungen mit dem Regenten Ungarns, Dorthy, geführt, die die internationale Politik betrafen. Als der gemeinsame Feind des faschistischen Italien und des revanchebedürftigen Ungarn erscheint Jugoslawien, das seinerseits wiederum seinen territorialen Besitzstand durch Zugehörigkeit zur kleinen Entente zu schützen versucht. Als Gegner dieser kleinen Entente hebt sich vom Hintergrund ein italienisch-ungarisches Bündnis deutlich ab. Würde dieses Bündnis gegen Jugoslawien aktiv werden, so entstünde die Gefahr eines neuen Krieges, in den die Tschechoslowakei, Polen und Rumänien mit hineingezogen werden könnten.“

Bevölkerung“ von der Politik der Nationalverbändler schlechthin als von der „deutschen Politik“ zu sprechen, und es tut so, als ob die Herren Krepel und Lodgman die beiden und einzigen Pole der „deutschen Subetenspolitik“ wären. Ähnliche Fälschungen leisten sich auch die anderen deutschbürgerlichen Blätter, die mit besonderer Vorliebe daran vergessen, daß nahezu die Hälfte der deutschen Bevölkerung weder mit den Herren um Krepel noch um Lodgman etwas zu tun haben will, sondern im Lager der deutschen Sozialdemokratie steht. Wenn Herr Krepel mit dem „Kampf bis zum letzten Blutstropfen“ droht, weil die Agrarier die Vermögensabgabe nicht zahlen wollen, so führt er eben nur für diese das Wort, ebenso wie Dr. Lodgman seine „Parolen“ im Namen seiner Allergetreuesten ausgibt und nicht in jenem der Deutschen überhaupt. Die Massen der deutschen Arbeiterschaft lehnen Krepels „aktivistische“ und Lodgman's „passivistische“ Politik gleichermaßen ab und verlangen eine Politik der nationalen Versöhnung. Sie werden sich daher weder von der einen noch von der anderen „Richtung der deutschen Subetenspolitik“ der Deutschbürgerlichen ins Schleppjau nehmen lassen. Das mögen sich die Herren geheits- oder einer Zweifronten gefallen. heits- oder einer Zweifronten gefallen.

Inland.

Die tschechische Presse über den Faschistenputsch. Der Faschistenputsch hat auf einige tschechische Nationalisten ansetzende gewirkt. Vor zu gerne würden einige Heißsporne die Methoden des Faschismus aus Italien zu uns übertragen. Wir haben in unserer gestrigen Nummer das Eintreten des Abgeordneten Hudec für „ein wenig Faschismus“ bemerkt, geben heute das Loblied des Organs der tschechischen Nationaldemokraten, der „Narodni Listy“, auf die italienische Wandlungsgesellschaft wieder. Das Blatt schreibt unter anderem: „Diese Partei (die faschistische) darf nicht als eine Partei, die sich aus einer Bande von Räubern rekrutiert, hingestellt werden, als was sie ein Teil der tschechischen Öffentlichkeit unter dem Eindruck der sozialistischen Propaganda betrachtet. Wenn sie, leider Gottes, zur Unterdrückung der Feinde des Vaterlandes, welche in ihren listigen Kämpfen in der Wahl der Mittel nicht wählerisch waren, Gewalt anwandte und vielleicht noch anzuwenden wird, so werden dadurch keineswegs die Ideale der faschistischen vaterländischen Partei berührt werden. Kein Kampf um Prinzipien konnte bisher in Ruhe ausgekämpft werden, was wohl das Ideal wäre. Bei der Verteidigung der Nation und des Vaterlandes ist nötig zu beachten, welcher Feind unterdrückt werden soll und welche Methoden er selber benützt.“ Das Blatt hofft dann, daß sich die Haltung der Faschisten zu den Jugoslawen ändern werde und daß Mussolini nicht vergessen werde, daß die Jugoslawen Verbündete im Kriege waren. Der „Cas“ bepricht, offenbar unter dem Eindruck des Faschistenumsturzes in Italien, die nationallistische Agitation derer und Kramar und sagt: „Wer in einer demokratischen Republik mit der Gasse droht, mit Ungeschicklichkeit und mit Gewalttaten ist kein Demokrat, sondern entweder ein großer Demagog oder ein verhäulter Reaktionär; in jedem Falle aber arbeitet er gegen den Staat und seine Lebensinteressen. Wir haben die Republik vor dem roten Bolschewismus geschützt, wir werden sie auch vor dem weiß-roten Faschismus bewahren.“ Die ebenfalls nationaldemokratische „Narodni Politika“ nimmt einen grundsätzlich anderen Standpunkt ein als die ihr nahestehenden „Narodni Listy“. Sie verweist vor allem auf die faschistische Forderung nach Revision der Verträge mit Jugoslawen und sagt, daß die Außenpolitik der Faschisten eine Verurteilung Europas bedeute. Das Mitteilungsblatt der „Narodni Listy“, die „Narodni Demokracie“, antwortet bereits dem „Cas“ in einer Weise, die das wahre Gesicht der Kramarpartei zeigt. Das Blatt meint: „Es wäre viel nützlicher, wenn sich unser Offiziosus um den deutschen Hochverrat und die deutsche Gewalttätigkeit kümmern würde. Wenn die Germanophilen in ihrer bisherigen Taktik fortfahren, wenn sie den deutschen Hochverrat und Spionen weiter nachlaufen werden, wenn sie zu den Leiden unserer Minoritäten gleichgültig bleiben werden, dann droht allerdings auch bei uns der Faschismus. Und der arme „Cas“ wäre der letzte, der diese nationale Bewegung unterdrücken könnte.“ Die Kramarleute fangen also an, recht deutlich zu werden. Die Merikalen „Lidove Listy“ glauben, daß der Herrschaft des Faschismus die Ära des Merkantilismus folgen wird. Der agrarische „Venkov“ sagt: „Wenn Mussolini Vorsitzender der Regierung wird, sind die Aussichten für Italien trübe. Die Faschisten werden genötigt sein, terroristisch zu regieren und hauptsächlich birgt ihre Außenpolitik viele Gefahren für den Frieden nicht nur Italiens, sondern ganz Europas in sich. Sie verlangen eine Erweiterung der Verträge mit Jugoslawen zu Gunsten Italiens, fordern größere Rechte im Mittelmeer und an der Adria, fordern einen größeren Teil der Reparationen, als ihnen zugesprochen wurde. Da bei ihnen vom Wort zur Tat nicht weit ist, so ist die Gefahr einer Verwicklung augenscheinlich. Ihre jetzige Bewegung wird Opfer fordern. Entweder wird es der Faschismus sein, der sich in seine verschiedenen Äome auflösen wird oder wird Italien leiden.“ Das „Pravo Lidu“ sagt, daß das Regime, welches in Italien nun zur Macht gelangt, nicht nur die Reaktion im Innern bedeutet, sondern eine Stärkung der europäischen Reaktion überhaupt darstellt. Das Blatt fragt zum Schluß: „Ist es unter diesen Umständen nötig, zu beweisen, wie verantwortungsvoll die Aufgaben der Demokratie in Mitteleuropa sind?“ Das „Nude Pravo“, das allen Grund hätte, an die Frage, warum es in Italien so gekommen ist, nicht zu rütteln, untersucht dennoch die Ursachen der Faschistenrevolution und findet die Hauptschuld — an den reformistischen Sozialisten. Wenn es sagt, daß die Ereignisse in Italien

eine Lehre sein müßten für das Proletariat, so hat es aber, allerdings in einem anderen Sinne, recht.

Das karpathorussische Problem rückt durch aus Amerika kommende Nachrichten nunmehr auf die Tagesordnung der tschechoslowakischen Politik. Nach einer Meldung der „Tribuna“ ist es dem gewesenen Gouverneur Karpathorusslands, Zatorobis, gelungen, die gesamte karpathorussische Emigration, die in Amerika lebt, auf einem Programm zu vereinigen. Zu Beginn des neuen Jahres soll unter Teilnahme der Anhänger der russischen und ukrainischen Richtung eine große Tagung stattfinden, deren Ziel es ist, eine Einigung in der Autonomiefrage zu erreichen. In Karpathorussland wird behauptet, daß Dr. Zatorobis die Wahl eines besonderen diplomatischen Komitees vorschlägt, das sich nach dem Kongreß zur nordamerikanischen Regierung und zu den Regierungen der europäischen Großmächte begeben soll, um in Sachen des Pittsburg-Vertrages zu intervenieren und seine Erfüllung zu fordern. Die „Tribuna“ hält diese Nachricht für gefährlich und begründet das Vorgehen Zatorobis in dessen Feindschaft zu Svoboda, der von Zatorobis als der größte Gegner der Autonomie Karpathorusslands bezeichnet wurde. Dasselbe Blatt meldet, daß sich um Karpathorussland seit einiger Zeit in auffallender Weise Sowjetrußland interessiere. Die

Sowjets ertrügen es nicht, daß die national-kulturelle Bewegung in Karpathorussland, die zur Ukraine neigt, wachse. Der Standpunkt Moskaus ist begreiflich, wenn man weiß, daß die Sowjetregierung auch die wachsende nationalpolitische Bewegung in der Sowjetrußland nur ungern trägt. Das Sowjetblatt „Kafanun“ kritisiert unter dem Titel „Russen oder Ukrainer?“ die Politik der tschechoslowakischen Regierung und führt aus, daß die Karpathorussen auf diese Frage selbst antworten, daß sie „ein bloßer Zweig der großen russischen Nation“ seien. Aber die tschechische Regierung will auf jeden Fall zwischen die russische Nation und die Bevölkerung Karpathorusslands einen Keil treiben. Unter Mißhilfe der alten österreichischen Theorien beweisen die Tschechen der Bevölkerung Karpathorusslands, daß sie nicht russisch sei, sondern „irgendwie russenisch“. Dieser Streit zwischen Bevölkerung und Regierung ist in die Verwaltung übergegangen. Zwischen den Regierungsorganen und der Bevölkerung können Streitfälle vor und oft werden diese Streitfälle durch Benützung eines klassischen administrativen Arguments, nämlich durch Ausweisung oder Vorgerichtstellung des unfolgsamen Rutenen wegen antisowjetischer Agitation. — Hoffentlich wird die Regierung sich jetzt veranlaßt sehen, ihre Untätigkeit in der karpathorussischen Frage aufzugeben.

Die Staatseinnahmen sind also seit fünf Jahren um 688 Prozent gestiegen. Dies ist ein ernstes Moment für die Regierung, das Parlament und den Budgetausschuß. Die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung darf nicht überspannt werden. Seit dem Jahre 1921, wo dies nicht mehr geschah, sind die Defizite bedeutend gesunken. Für 1922 betrug es 928 Millionen, für das nächste Jahr bloß 565 Millionen. Ein 20 Milliardenbudget, ist für unseren Staat freilich zu hoch. Ein günstiges Zeichen ist die Abnahme der außerordentlichen Ausgaben, die von Jahr zu Jahr fortschreitet. Ebenso ist dies bei den Einnahmen der Fall. Unsere Gebahrung ist für das nächste Jahr zu 96 Prozent auf ordentlichen Einnahmen aufgebaut. Der Referent besprach sodann die einzelnen Budgetkapitel und konstatierte, daß 50 Prozent der Ausgaben auf das Eisenbahnministerium, die Staatschuld und die nationale Verteidigung entfallen. Demgegenüber entfallen auf das Landwirtschaftsministerium nur 4 Prozent, auf das Bodennutz 2 Prozent. Der Referent appellierte an den Finanzminister, daß im nächsten Jahre auch die Landesbudgets vorgelegt werden mögen und daß ein allgemeines Budgetgesetz ausgearbeitet werde.

Finanzminister Dr. Raschin erklärte, er stimme mit der Ansicht überein, daß der Bogen unserer Steuern gespannter sei, als es die Entwicklung unserer Produktion und das Wirtschaftslebens überhaupt ertragen könne. Was das zu schaffende Budgetgesetz anbelangt, so sei es möglich, daß auch das Budgetjahr werde verlegt werden müssen. Wenn bei den Staatsbetrieben das Geschäftsjahr mit dem 31. Dezember endigen wird, würde es sich empfehlen, das Budgetjahr zum 1. April zu verschieben, damit die Staatsbetriebe bis zu diesem Datum die Bilanz für die vorhergehenden Jahre aufstellen können. Eine zweite Angelegenheit, die es verhindert, daß wir schon jetzt mit einem Budgetgesetz kommen, sei das Bestreben, daß man in der Budgetgesetzgebung zu internationalen Prinzipien gelange. Der Völkerbund verhandle bereits über diese Angelegenheit. Was die Berechnung anbelangt, so trachte man das ganze Rechnungswesen so zu vereinfachen, daß die Rechnungsabläufe sehr bald vorgelegt werden können. Der Minister gab der Erwartung Ausdruck, daß sich die Staatsfinanzen günstig entwickeln werden.

Abg. Warmbrunn (Komm.) verwies darauf, daß sich trotz der Proteste der Oppositionsparteien in den Vorjahren eigentlich am Staatsvoranschlag nichts geändert habe. Daher könne die Opposition auch heuer kein Vertrauen zu den Ziffern haben.

Abg. Chalupa (tsch. Soz.-Dem.) erklärte, schon die Tatsache, daß unser Budget trotz der allgemeinen Industrie- und Handelskrise in der ganzen Welt ein gegen das Vorjahr um 222 Millionen Kronen kleineres Defizit aufweise, sei Beweis dafür, daß sich der tschechoslowakische Staat wirtschaftlich festige.

Abg. Windisch (d. Agr.) sagte, die Ziffern des Staatsvoranschlages bewegen sich in der gleichen Höhe, wie jene der früheren Voranschläge. Er bedauerte es, daß die parlamentarische Ersparungskommission mit ihrer Tätigkeit ausgeföhrt habe. Obwohl Vertreter der Opposition, könne Redner nur den Ausführungen des Finanzministers Dr. Raschin zustimmen, soweit sie sich auf die Konsolidierung der finanziellen Verhältnisse des Staates beziehen.

Abg. Seidl (tsch.-soz.) meinte, notwendig sei die Vereinheitlichung des Steuersystems. Redner wendete sich in Besprechung der Personalausgaben gegen die Bestellung einer großen Beamtenhierarchie und kritisierte den Mangel an Verantwortungsgesühl bei einigen hohen Staatsbeam-

ten. Die Staatsverwaltung müsse derart ausgebaut werden, daß die entscheidenden Beamten sich ihrer Verantwortung bewußt sind und mit einer Kontrolle ihrer Arbeiten rechnen.

Abgeordneter Genosse Taub

erklärt, er könne diese Verhandlung nicht vorübergehen lassen, ohne wieder gegen das Eilzugstempo ganz entschieden zu protestieren. Durch das beschleunigte Tempo wird eine Kontrolle und eine auf voller Kenntnis der Materie beruhende Kritik unmöglich. Der Budgetausschuß tritt heuer am 31. Oktober, also um 5 Tage später in die Verhandlungen des Budgets ein, weshalb der Redner an den Vorsitzenden die Anfrage richtet, was er in Wahrung der Rechte des Budgetausschusses getan habe. Genosse Taub hält es für seine Pflicht, sich anlässlich der Beratung des Budgets eingehend mit dem Obersten Kontrollamt zu beschäftigen. Dieses hat nach dem Gesetz den Rechnungsabschluss längstens binnen 18 Monaten vom Ablauf des betreffenden Verwaltungsjahres gerechnet, dem Parlament zur Prüfung vorzulegen. Dieser Termin wurde nicht eingehalten, trotzdem es im alten Oesterreich möglich war, den Rechnungsabschluss in einer Frist von neun Monaten festzusetzen. Nach den Bestimmungen des Finanzgesetzes sollen die Ministerien die bewilligten Beträge nur in monatlichen Teilbeträgen in Anspruch nehmen, was aber nicht geschehen ist, weswegen Redner den Präsidenten des Obersten Kontrollamtes um Aufklärung ersucht. Das Oberste Kontrollamt müßte aber auch berichten, welche Anstalten kontrolliert wurden mit welchem Erfolge dies geschah, ob dem Ministerrat Bericht erstattet wurden und ob der Ministerrat eventuelle Mißstände abgehofft hat. Es werden auch die monatlichen Ausweise über die Steuereingänge des Staates nicht veröffentlicht.

Eine zweite Institution, mit der der Redner gezwungen ist, sich zu beschäftigen, ist die Erparungskommission, für die der Finanzminister so viel Worte der Anerkennung gefunden hat. Diese Kommission hat seit dem 3. Mai überhaupt keine Sitzungen mehr abgehalten. Auch sonst waren die Arbeiten der Kommission keine solchen, daß sie Anerkennung verdient. Ein Jahr ist seit ihrer Einsetzung vergangen und ihr Vorsitzender Dr. Kramarsch hat es bisher nicht für notwendig befunden, der Nationalversammlung Bericht zu erstatten.

Gegenüber dem, was der Finanzminister über die geschickte Deflationpolitik der Regierung gesagt hat, verwies Abgeordneter Taub auf einen Londoner Bericht der „Lidove Robiny“, in dem u. a. gesagt wird: „In der Deflation hat in erster Linie Interesse das Finanzkapital. Das Finanzkapital steigt durch die Deflation und seine Erfolge in Amerika und England sind so in die Augen fallend, daß jedem die Lust vergehen könnte, diese Versuche in einem Staate zu wiederholen, der so vielerlei Gefahren ausgesetzt ist, wie die Tschechoslowakische Republik.“ An einer anderen Stelle wird in diesem Berichte gesagt: „Der Kurs der tschechoslowakischen Krone ist heute unnatürlich. Die Tschechoslowakische Krone ist heute die am meisten übernotierte Valuta Europas. Ihr Kurs entspricht nicht der Kaufkraft und infolgedessen weicht jeder der Republik aus, der gerade nicht einlaufen muß.“ Schließlich werden in dem Bericht die Schuldigen folgendermaßen festgesetzt: „Die Teuerung der tschechoslowakischen Waren im Auslande und die Arbeitslosigkeit ist unsere Schuld. Sie fließt aus der Unfähigkeit jener, deren die Valuten und Devisenpolitik in die Hand gegeben wurde, und die damit umgegangen sind, wie mit Tarockkarten. Heute haben uns fremde Börseanier im Schlepptau, ihre Presse schmiert uns Honig um den

Der Staatsvoranschlag im Budgetauschuß.

Wie im Vorjahre begann auch diesmal die Generaldebatte über das Budget damit, daß der Referent, der Finanzminister und sämtliche Sprecher der Mehrheitsparteien begeisterte Lobhymnen über die geleistete Arbeit anstimmten und durchwegs günstige Zahlenresultate vortrugen, kurz einen ungeheuren Fortschritt gegenüber den früheren Jahren, im Staatsvoranschlag feststellten. Allen Anzeichen nach soll es, wie der Referent erklärte, zu keinem Nachtragbudget kommen. Wenn trotz dieser günstigen Prognosen alle Oppositionsredner darin übereinstimmen, daß sich im ganzen nichts gegenüber dem Vorjahre geändert habe, so sind wohl die Zweifel berechtigt, welche dem Optimismus der Majorität entgegengekehrt werden müssen. Neu war die Ankündigung Raschins, daß das Budgetjahr bis zum ersten April verschoben werden soll. Ferner erklärte der Finanzminister, es sei das Bestreben vorhanden, in der Budgetgesetzgebung zu internationalen Prinzipien zu gelangen. In der Debatte ergriffen von unseren Genossen die Abg. Taub, Hadenberg und Dietl das Wort.

Der Budgetauschuß trat gestern in die Verhandlung über das Budget ein. An der Sitzung nahmen Finanzminister Dr. Raschin, der Präsident des Obersten Rechnungshofes Dr. Körner und die Vertreter der einzelnen Ministerien teil. Vor Eingang in die Tagesordnung erklärte Abg. Taub (tsch.-soz.-Dem.), daß das Budget entgegen den Bestimmungen der Geschäftsordnung dem Ausschusse zugewiesen wurde, bevor es dem Hause vollständig vorlag. Aus diesem formellen Grunde beantragte er, in die Verhandlung des Budgets erst einzugehen, bis es in der nächsten Plenarsitzung des Hauses ordnungsgemäß zugewiesen sein wird. Minister Dr. Raschin erwiderte, daß Gegenstand der Verhandlungen des Ausschusses bloß das Finanzgesetz ist, während die einzelnen Beschlüsse der verschiedenen Ministerien bloß als Erläuterungen anzusehen sind. In die

Gesetzsammlung wird nur das Finanzgesetz aufgenommen. Daher sind die Einwände des Abg. Taub gegenstandslos. Er bedauerte, daß Abg. Taub nicht die ungeheure Arbeit anerkenne, die das Budgetdepartement des Ministeriums geleistet habe und die es ermöglichte, daß der Ausschuß schon vor der Generaldebatte alle Hefte des Budgets in Händen habe.

Sodann wurde in die Generaldebatte über das Budget eingegangen.

Generalberichterstatter Dr. Srbinko betonte zunächst, daß sich das Haus heuer allen Anzeichen nach nicht mit einem Nachtragbudget für das Jahr 1922 zu beschäftigen haben werde. Ein zweites günstiges Moment liegt darin, daß bereits der Rechnungsabschluss für das Jahr 1919 vorliegt, der im Manuscript den Mitgliedern des Ausschusses zur Verfügung gestellt wurde. Der Redner erklärte: Aus einem stüchtigen Einblick in den Rechnungsabschluss für das Jahr 1919 geht hervor, daß das Ergebnis der Gebahrung für dieses Jahr gegenüber dem Vorjahre um 2192 Millionen Kronen günstiger ist. Die Arbeit, die das Kontrollamt geleistet hat, ist ungeheuer. Wir können sagen, daß wir der erste Staat auf dem Kontinent sind, der über das erste Jahr der Nachkriegswirtschaft einen Rechnungsabschluss fertig hat. Auch die vorläufigen Ziffern der Rechnungsabläufe für die Jahre 1920 und 1921 weisen ein günstiges Ergebnis auf. Für das Jahr 1920 betragen die tatsächlichen Ausgaben 12.303 Millionen, die Einnahmen 12.967 Millionen. Es ist also ein Ueberschuß von 644 Millionen vorhanden. Für 1921 betragen die tatsächlichen Ausgaben 15.725, die tatsächlichen Einnahmen 17.603 Millionen, es ist demnach das Ergebnis der Gebahrung um 1880 Millionen günstiger. Nicht minder erfreulich ist, daß wir anscheinend den Kulminationspunkt der Ausgaben überschritten haben. Im Jahre 1919 hatten wir 8.6 Milliarden Ausgaben und 3.7 Milliarden Einnahmen, im Jahre 1923 sind 19.3 Milliarden Ausgaben und 18.8 Milliarden Einnahmen präliminiert.

Allerheiligenkribel und anders Seelengebäd.

Von Alpha Omega.

Im Jahre 1901 faßten die Bäckermeister in Wien den Beschluß, ihren regelmäßigen Kunden keine Allerheiligenkribel mehr zu schenken. Bis dahin hatte sich dieser Brauch erhalten, der schon eine abgeschwächte Form einer uralten allgemeinen Sitte war: In Allerheiligen oder Allerheiligen wurden in germanischen, romanischen und slawischen Ländern Brote in verschiedenen Formen verschenkt, hier an die Patienten, dort an alle Kinder des Ortes, an die Hausgenossen und an die Armen. Es gab auch eigene Stiftungen für diese Spenden. In vielen Gegenden Oesterreichs, Böhmens, Deutschlands und der Schweiz ziehen heute noch die Kinder oder die armen Leute mit ihren Kindern von Hof zu Hof, um das „Seelenbrot“ zu erbitten, und bis vor kurzer Zeit wenigstens war selbst der größte Dorfgeizhals an diesem Tage freigebig. Früher wurden auf einem größeren Bauerngute für diesen Tag Hunderte von Bröden gebacken und je mehr geholt wurden, desto froher waren der Bauer und seine Hausfrau; das war ein gutes Vorzeichen für die nächste Ernte, für ein gutes Schmalz- und Butterjahr.

Auch diese Form der Beschenkung mit Gebäck ist jungen Datums. Die Kinder und die Armen sind die Stellvertreter derjenigen geworden, für die in ältester Zeit diese Seelenbrote gebacken wurden. Der Name sagt es schon: Für die Seelen, für die armen Seelen der Verstorbenen waren sie bestimmt.

Der feirische Dichter Peter Rosegger hat das für Steiermark halbwegs richtig erfaßt und anschaulich erzählt: „An einem Tag im Jahr, in der Nacht auf Allerheiligen dürfen die Seelen das Fegefeuer, in dem sie nach lieblich-christlicher Vorstellung schmoren, verlassen, und da kehren die

Toten in der Nacht zu ihren Angehörigen zurück und bitten um Gedenken, um ein Almosen, um ein Vaterunser und eine heilige Messe. Sie winseln und weinen, klopfen und pochen an den Türen und Fenstern. Das ist die christliche Vorstellung — die ungläubigen Gemüter schreiben diese Geräusche in der Allerheiligennacht allerdings, wie in jeder anderen Nacht, den gewöhnlichen Novemberwinden zu. Aber was soll die damit verbundene „Armeneseelenbegabung“, die Rosegger so schildert: „Da stellt die mitleidige Hausmutter am Vorabend Allerheiligen ein Lichtlein auf den Stubentisch, damit die zurpfehenden Seelen eine Leuchte hätten und allenfalls mit dem Lampenöl ihre bösen Brandwunden einschnitieren möchten. . . . Ferner schließt die unlichtige Hausmutter ganz richtig, daß die armen „Däseher“ bei wiederkehrendem Wohlbefinden auch Appetit verspüren müssen; sie stellt also eine Pfanne ihres neugebackenen Allerheiligenkuchen auf den Tisch und auch einen großen Milchtopf dazu.“ Die Seelen werden also mit diesem Gebäck und Milch gespeist; nach dem Vollglauben gehören die Seelenbrote ihnen; und da ist es kein Wunder, wenn zum Beispiel in Tirol der Wanda herrscht: Wer von dem in der Nacht für die Seelen auf dem Tisch stehenden Nachtmahl etwas wegnimmt, wird von den Geistern zerrissen — mit einem Hunger ist nicht zu spaßen, umsonst weniger, wenn er ein Jahr hindurch nur ein paar Brofamen bekommen hat. Was beim Essen auf den Tisch fällt, wird ja in der Tischlade gesammelt und Sonntag nachts ins Herdfeuer geschüttet — für die armen Seelen. Die Hausfrau wirft noch, wenn sie den Brotteig anmacht, eine Handvoll Mehl hinter sich, ein Stückchen Teig in den Backofen, beim Kuchenbacken etwas Schmalz aus der Pfanne und den ersten kleinen Kuchen ins Feuer — alles für die Fütterung der Seelen, aber offenbar gibt es wenig aus und deshalb müssen die Seelen an einem Tag im Jahr ordentlich zu essen bekommen.“

Das ist die uralte heidnische Vorstellung, die aus der vorchristlichen Zeit der Germanen und

Slaven herrührt, aber ebenso bei allen antiken Religionen bestand. „Die Welt steht offen“, sagten die heidnischen Römer „an drei Festtagen im Jahre, die Unterwelt öffnet sich, die Manen, die Seelen der Toten steigen zur Erde empor.“ Nach der Meinung der heidnischen Germanen hielten sich die Seelen der Verstorbenen, besonders zur Zeit der Herbststürme, unter den Menschen auf und man mußte sie durch gewisse Gebräuche besänftigen, damit sie keinen Schaden stifteten, weder dem Menschen, noch dem Vieh, noch den Feldern. Man ladet sie daher lieber an bestimmten Tagen ein und setzt ihnen Speise und Trank vor, ist mit ihnen gemeinsam in den ältesten Zeiten. Das ist so in ganz Deutschland gewesen wie bei den Slaven. Bei den Litauern legt man ihnen schweigend kleine Stüchchen Nahrung unter den Tisch, glaubt sie rauschen zu hören und zu sehen, wie sie sich vom Duft und Dampf der Speise nähren. Ist aber das Mahl zu Ende, dann sucht man sie los zu werden: „Bergebet, Seelen der Verstorbenen, erhaltet uns Lebenden den Segen und gebet Ruhe zu Hause. Geht, wohin euch das Geschick ruft, und richtet beim Fliegen über unsere Schwellen, Hausflure, Wiesen und Felder keinen Schaden an.“ So war es überall. Einerseits die Furcht vor den Bosheiten und der Rache der Seelen, andererseits die Hoffnung, daß das gemeinsame Speisen mit den Seelen der Ahnen, die Kommunion, der ganzen Sippe Gesundheit, Fruchtbarkeit, Segen bringen werde. Diese mythische Vorstellung liegt letzten Endes ebenso den Liebesmahlen und Abendmahlen der heidnischen Mysteriensekten (Mithra zum Beispiel) und des Christentums zugrunde, wie dem Baden und Verschenken des Seelenbrotes, das eine Ablösung des früheren Brotopfers für die Seelen selbst darstellt.

Da finden sich zahllose Uebergänge. In Basel gab es noch im 15. Jahrhundert ein Stiftung, um am Allerheiligen Tag Brot auf die Gräber zu legen; nachher wurde es den Armen geschenkt. In Hallein und im Augsburgischen wurden noch bis in die neuere Zeit die „Seelenbrotlein“

am Allerheiligen Tag auf die Friedhöfe und Kreuze gehängt. Bei Bozen, in Südtirol, wurde das Totenopfer in dieser Nacht vor das Haus, in der Oberpfalz an das Fuhrende der Gräber eine Schüssel mit Weihwasser und Brofamen „zum Abspeisen der armen Seelen“ gestellt. In Oberbayern wurden bei jedem Leichenbegängnis auf der Totenbahre in der Kirche „drei weiße Seelengebäcke“ (Mehl, Eier, Salz), ferner Seelenweden, Seelenzöpfe, ein Laib schwarzes Brot, ein Laib weißes Brot, schöne weiße Nudeln, als „Altarauftrag“ aufgeschüttet — und dasselbe wurde am Allerheiligen Tag auf die Gräber gestellt. In Böhmen und Bayern gab es an diesem Tage „Seelbäder“, wo als Stellvertreter der Toten, die von der langen Reise beschmutzt sind, die Armen der Stadt gebadet, geschöpft und zur Ader gelassen wurden.

Die Gabe zur Speisung für die Toten hat die verschiedensten Formen. Seelenmehl (als Seelenspeise schon bei den alten Ägyptern und Römern üblich); Seelenbrot in seiner ältesten Form als Hirsebrei (in Deutschland im hölzernen „Seelenapf“ auf die Gräber gestellt); Seelenleiter (Streuweizen); Seelenbrot in runder Form als Laib oder durchlocht als ringförmiges Brot an einer Schnur gereiht (auch als Wallfahrtsbrauch um den Hals gehängt); Doppellaibchen, „Allerheiler“ genannt (Egerland); Trostharre oder Mollerharre (aus dem zusammengetragten Leigrest im Trog oder Moller) auch „Armeneseelenmutschel“ genannt (Schweiz); Ueberlieferungen aus der älteren Zeit, wo es noch kein feines weißes Mehl gab, sind die dunklen Brotformen, die „schwarzen Weden“ in Böhmen, die aus Buchweizenmehl oder auch mit Zusatz von Bucheckern verfertigten rötlichbraunen „Seelenbücheln“ in Oberbayern. Gerade die geringe Schmachhaftigkeit dieser treubewahrten Seelenspeise ist ein Beweis für ihr hohes Alter.

Aus welchem Mehl sind die Seelenmehl und Weden in allen Formen, darunter recht charakteristische: „Schienbeine“ (Niederbayern),

Mund und wir schöpfen aus ihr das Finanzgeban- gellum."

Genosse Taub wendet sich dann gegen jene, die sich der Täuschung hingeben, daß die gegenwärtige Krise vorübergehend ist. Wir werden nach dieser Wirtschaftskrise, davon bin ich festest überzeugt, wenn nicht bald eine Aenderung im Laufe eintritt, eine schwere, vielleicht eine der schwersten Finanzkrisen zu bestehen haben, die es vielleicht überhaupt gegeben hat, und ob unsere Volkswirtschaft aus diesen Wirren so hervorgehen wird, wie wir alle wünschen würden, möchte ich mehr als bezweifeln.

Der Staatsvoranschlag bringt auch eine Trennung des Personalanstandes von den Sachausgaben. Dies geschieht nur aus dem Grunde, um ein Argument zu haben für den Abbau der Staatsbeamtengehälter. Schon im Ausschuss wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Staatsbeamten die erste Erhöhung ihrer Bezüge erst im Jahre 1918 nach vier Kriegsjahren erhalten haben. Wenn man die Bezüge der Staatsbeamten mit ihren Friedensbezügen vergleicht, findet man, daß in den niederen Kategorien eine siebenfache Steigerung der Grundbezüge vorgenommen wurde, in den höheren eine vierfache. Damit vergleiche man nun die gegenwärtige Teuerung gegenüber dem Jahre 1914. Außerdem haben die Staatsbeamten unter der durchgeführten Mietzinssteigerung zu leiden. „Und soll ich ihnen, meine Herren, das Los der Pensionisten vor Augen führen? Ist es denn denkbar, daß wir an deren Los immer achtlos vorübergehen und nicht endlich den langgehegten Wunsch erfüllen, der auch im Interesse der Staatsverwaltung liegt, sie in ihrem Einkommen den aktiven Beamten gleich zu stellen?“

Es wurde auch gesagt, Herr Dr. Raschin habe das Gesetz über die Durchrechnung der Dienstjahre als unheiliges Gesetz bezeichnet. Meiner Ansicht nach ist dieses Gesetz das erste, mit welchem den niedrigeren Kategorien der Beamten ein Entgegenkommen gezeigt wurde. Ich glaube, der Herr Finanzminister wird auf Grund dessen, wenn er vielleicht das Bestreben haben sollte, es zu befechtigen.

Redner beschäftigt sich dann mit einzelnen Budgetposten. Die Warensteuer müßte entsprechend den gestiegenen Preisen herabgesetzt werden. Die Zuteilung an die Länder ist um 177 Millionen geringer angelegt. Was nun das für Folgen haben für die Länder, von denen wir wissen, daß sie ebenso wie die Gemeinden in einer Bankrotwirtschaft stehen und der Tag nicht fern ist, wo alle Selbstverwaltungskörper erklären werden, daß sie nicht weiter wirtschaften können? Es müßte auch gefragt werden, was mit den Investitionsprogrammen der früheren Budgets geschehen ist, was davon realisiert wurde und welche Beträge in Anspruch genommen wurden. Der Redner wendet sich sodann dem Ministerium für Nationalverteidigung zu und weist nach, daß bloß die Posten verringert erschienen, wo das Ministerium von früher her gespart ist, während andere Posten eine ganz wesentliche Erhöhung aufweisen. So ist der Pferdeeinkauf von 30 auf 53 Millionen, die Luftschiffahrt von 105 auf 130, das Eisenbahnwesen von 8 auf 18, Automobilwesen von 75 auf 80, Munition von 191 auf 254, besondere Kriegsbedarfartikel von 11 auf 20, Artillerie von 28 auf 34, Explosivstoffe von 33 auf 44, militärische Konzentrierungen und Uebungen von 40 auf 52 Millionen gestiegen. Das zeigt nicht gerade von Friedensstimmung. In der politischen Verwaltung kosten Böhmen, Mähren und Schlesien, die zusammen 10 Millionen Einwohner haben 67 Millionen, die Slowakei allein 83 Millionen. Für Kulturzwecke werden trotz der Deflation wie im vorigen Jahre 54 Millionen ausgegeben. Karpathenland kostet 909 Millionen und bringt nur 494 Millionen ein. In den drei letzten Jahren beträgt der gesamte Ab-

gang für Karpathenland 1.1 Milliarden. Der Redner schließt folgendermaßen: „Was ist in den drei Jahren geschehen, seit wir im Parlament sitzen? Wenn Sie aufrichtig sein wollen, so müssen Sie sagen, daß in bezug auf die Forderungen, die wir hinsichtlich des Schuldwesens gestellt haben und denen Sie die Berechtigung nicht werden abspornen können, wenn Sie wirklich objektiv an die Prüfung dieser Forderungen gehen, nichts geschehen ist. Sie haben in der Sprachenfrage nichts gemacht. Sie haben unseren wiederholten Beschwerden in bezug auf die Vertretung im Bodenanstand überhaupt keine Beachtung geschenkt und es wird dort weiter gewirtschaftet ohne Kontrolle der Deutschen. Sie haben bei der Volkszählung die Deutschen nicht zugezogen. Sie haben hinsichtlich des Einflusses der deutschen Sozialdemokraten bei der Landesverwaltungscommission in Mähren unsere Forderungen nicht entsprochen. Sie sind bei der Vergebung von Lieferungen jene Wege gegangen, die Sie sich selbst zurecht gelegt haben. Ich führe das nicht an, um die Industriellen zu schämen, sondern weil dadurch deutsche Arbeiter im deutschen Gebiet getroffen werden. Sie werden es begreifen, daß wir für das Eingehen in die Debatte nicht stimmen können. (Beif.)“

Schließlich ergriff der Präsident des Obersten Rechnungsrates und Kontrollamtes Dr. Körner das Wort und erklärte die Meinung für unrichtig, als genüge die 18-monatige Frist zur Aufstellung des Rechnungsabchlusses. Unter den außerordentlichen und schweren Verhältnissen, unter denen diese Arbeit geleistet werden mußte, könne diese Frist nicht genügen. Redner reagierte auf die Ausführungen des Vordröner und nimmt die Staatsbeamtenhaft in Schutz.

Darauf wurde die Debatte unterbrochen. Die Nachmittags-sitzung setzte unter dem Vorsitz des Abg. Prada um halb 3 Uhr nachmittags ein. Der erste Redner

Abg. Bagel (d. Nat. Soz.) besprach die jetzige Wirtschaftskrise und wies darauf hin, daß die Bevölkerung aus dem, was zur Bekämpfung dieser Krise geschieht, sieht, daß auch hier den berechtigten Forderungen nicht entsprochen werde. So erscheine z. B. im Voranschlag die Forderung nach Tarifermäßigungen nicht berücksichtigt.

Abg. Dr. Ratonel (sch. Nat. Dem.) erklärte, daß gearbeitet und gespart werden müsse. Die Steuer- und Abgabenvorschriften müsse vereinfacht werden. Der Nationalverteidigung müssen bedeutende Beträge gewidmet werden, weil die deutschen Abgeordneten die Bevölkerung zum Hochverrat auffordern.

Abg. Bubnik (Komm.) beklagte sich darüber, daß die Ausschussmitglieder das Budget erst vor einigen Stunden erhalten haben. Die Ersparungskommission hat die Einziehung von 73 Staatsautomobilen beschlossen, aber bis heute ist nicht bekannt, ob dieser Beschluß durchgeführt wurde. Redner erinnerte daran, daß am Wenzelsplatz ein Haus für das Bodenanstand gekauft wurde, obwohl sich die Ersparungskommission dagegen ausgesprochen hat. Redner kritisierte die Deflationspolitik der Regierung und forderte den Präsidenten des Obersten Kontrollamtes auf, die Rechnungsabchlüsse rechtzeitig vorzulegen.

Abg. Medvedsky (sch. Agr.) hält dies Budget für nicht ganz vollkommen. Die Personalangelegenheiten sind eventuell gegenüber den Sachausgaben zu hoch. Abgeordneter Genosse Padenberg. Wir haben vom Finanzminister gehört, daß der Voranschlag etwas Hervorragendes ist, weil in ihm nahezu das Gleichgewicht hergestellt wurde. Jedes wir wissen, daß der Voranschlag ursprünglich nicht so ausgefallen hat, als er uns präsentiert wird und daß das Defizit eigentlich viel größer war. Die Herstellung des Gleichgewichtes aber ist nicht erfolgt dadurch, daß man mit billigeren Sachleistungen rechnete, sondern

wurde. (So schneidet mich im griechischen Helden- gebicht Achilleus sein wallendes Haupthaar ab und legt es seinem toten Freund Patroklos ins Grab.) In Bayern wurden solche Seelzöpfe nur bei Sterbefällen und am Allerheiligenfest gebunden, sonst an keinem Feiertag. Ein Zeichen, daß es sich um einen Totenkult handelt. Der gute Geist hute ja lange, gartes, wallendes, schönes Haar, der Robold struppiges, verwahrlohtes; deshalb gab man dem Toten auch seinen Kamm ins Grab mit. Denn wer ihn benützte, das heißt der Seele entgegen würde, an dem würde sie sich rächen und dem Freveler würden die Haare anfallen. In den Steingräbern fand man Kämme und Scher- messer aus Bronze und eiserne Haarscheren in den Altmännerngräbern. Die naive Auffassung, daß sich die Seele friere, die Haare schneide und auf ihre Toilette schaue, ist unbeträchtlich in den Spenden des gedachten Seelenopfers als Ablöse für den ursprünglichen wirklichen Haarzopf erhalten, wie sich in dem Seelgebäd ursprünglich die uralte heidnische Auffassung erhielt, daß es nötig sei, die Toten zu füttern.

Karl der Große hat 785 den Leuten unter wirklichen Strömen Blutes zum Christentum bekehrten Sachsen bei Todesstrafe verboten, zur Zeit der Novemberstürme, wenn die Ernte hereingebracht ist, auf den Gräbern ihrer Vorfahren zu tanzen, zu singen und in gemeinsamer Opfermahlzeit zu heiliger Kommunion nachts zu schmaufen und zu zechen. Es mühte nichts, daß die Kirche an Stelle dieser Opfermahlzeiten, dieser Erntedank- und Todesfeste, die Tage Allerheiligen und Allerseelen mit der Totenmesse setzte, denn noch immer guckt das alte Heidentum aus allen Ritzen und Poren und der alte Aberglaube besteht in tausend Meinungen, Sitten und Gebräuchen weiter.

durch Drofflung und Streichungen dort, wo diese namentlich der arbeitenden Bevölkerung nicht ganz gleichgültig sein können. Des weiteren wurde auch schon darauf hingewiesen, daß speziell beim Kapitäl Militarismus keine Verbilligung, sondern im Gegenteil eine ganz bedeutende Mehrbelastung gegenüber dem Vorjahre eingetreten ist. Durch jeden Mehraufwand für das Militär wird aber eine große Belastung der Bevölkerung herbeigeführt, die dann immer mehr gegen die Machthaber in diesem Staate Stellung zu nehmen gezwungen sein wird. Die Drofflungen des Budgets wurden gerade dort durchgeführt, wo wir eine Steigerung der Ausgaben gern gesehen hätten, weil es produktive Ausgaben sind, die notwendig wären. Wir sind wohl damit einverstanden, daß gespart und gearbeitet wird, nur möchten wir sehen, daß das Sparen anders angewendet wird, als es die Mehrheit zum Ausdruck gebracht hat: nämlich wir sind für Sparen dort, wo es am Platze ist, und wünschen, daß wenn schon gespart werden soll, der Staat mit gutem Beispiel vorangehe. Wir sind auch, wie gesagt, für die Arbeit, doch muß der Bevölkerung Gelegenheit zum Arbeiten gegeben werden. Wir Sozialdemokraten sind nicht in erster Linie für die unproduktive, sondern für eine produktive Arbeitslosenfürsorge. Wir sind dafür, daß durch möglichst umfangreiche Investitionen nicht bloß Arbeitsgelegenheit geschaffen werde, sondern daß diese Arbeit auch von Wert für die Gesellschaft sei. Leider hat man bei uns Geld wohl für zahlreiche neue Kasernenbauten, aber kein Geld für produktive Ausgaben. Was die Steuerpolitik dieses Staates betrifft, so finden wir immer mehr das Bestreben, die Lasten auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung abzuwälzen, wofür als trasses Beispiel die jüngste Publikation betreffend die Herabsetzung der Preise für Tabakerzeugnisse dienen mag. Im Interesse des Staates und der Bevölkerung läge es, daß die Steuern herabgemindert werden. Im Staatsvoranschlag aber kommt das nicht zum Ausdruck. So wird bei der Umsatzsteuer nicht einmal der Abbau der Preise, soweit er tatsächlich eingetreten ist, in Rechnung gezogen. Auf der anderen Seite aber hören wir, daß es mit der Eintreibung der Steuern, welche von der besitzenden Klasse getragen werden, so der Vermögensabgabe und der Vermögenswachstumssteuer, nicht sehr gut bestellt ist, daß das Euvagnis sehr viel zu wünschen übrig läßt. Aus dem Voranschlag sieht man, daß wir uns in einem Staate befinden, in dem die Interessen der besitzenden Klassen gewahrt werden, und wir können zu einer solchen Verwaltung selbstverständlich kein Vertrauen haben.

Abg. Horak (sch. Gewerbet.) stellte fest, daß auf einen tschechoslowakischen Bürger die Belastung von 1380 Kronen entfalle. Der Redner wandte sich gegen die Belastung des Ernährungsministeriums und forderte eine strengere Kontrolle der Diätenwirtschaft in den einzelnen Ressorts.

Abgeordneter Genosse Dietl

wendete sich gegen die ungerechtfertigte Art der Steuererhöhungen, die die Rechte des Steuertragers bis zu einem gewissen Grade einschränkt. Neben der Steuerreform wäre auch eine Verwaltungsreform nötig. Redner besprach die Einwirkung der Wirtschaftskrise auf den Handel, wobei er dem Zweifel Ausdruck gab, ob unsere Auslandsvertretungen so für die Belebung unseres Handels arbeiten, wie es nötig wäre. Während auf der einen Seite alles getan wird, den Handel zu beleben, wird im Innern für ihn sehr wenig aufgewendet. Besonders benachteiligt erscheinen im Voranschlag die Genossenschaften. Gerade hier wurden die größten Striche vorgenommen.

Damit war die Generaldebatte über den Staatsvoranschlag geschlossen.

Die nächste Sitzung findet morgen, den 2. November um 3 Uhr nachmittags statt.

Ausland.

Deutschnationaler Parteitag in Görlik

Die Deutschnationalen des Reiches haben in Görlik ihren Parteitag abgehalten, der Sonntag zu Ende ging. Nach den Berichten der rechtsradikalen Presse scheint die Versammlung, die in der schönen Stadthalle tagte, einer Gesellschaft kühner Periwäse ähnlicher gewesen zu sein als einem Vertretertag, der erste Beratungen zu pflegen und sachliche Beschlüsse zu fassen hat. Nach jedem Satz, den eine Parteilinie sprach — und andere kamen überhaupt nicht zu Wort — verzeichnet der parteiisidjöse Bericht „minutenlange Beifallsstundgebungen“, „nicht endenwollende“ Huldigungen für den Redner. Mathematik haben berechnet, daß vor lauter Klatschen und Bravorufen zum Reden überhaupt keine Zeit geblieben sein kann. Der kritische Versuch, aus den breiten Schlagwortsuppen einen Gedankenbrocken herauszufischen, klammert sich an den Parteilührer Dergt und seine Kampfansage an den Parlamentarismus. Amüsant ist dabei, daß sich Herr Dergt zu diesem Zweck genau derselben dummen Redensarten bediente, die sich die Kommunisten — schon abgewohnt haben. Früher waren sie auf dem linken Flügel des Spartakusbundes sehr beliebt. Einen ernsthaften Kampf gegen den Parlamentarismus dürfte Dergt dabei kaum in der Schilde führen. Wohl aber ist sein heberisches Gebröle imstande, in der rechtsgerichteten Jugend die heiße Lust nach Ruß und Umsturz anzufachen und ihr Mussolinis Tat als nachahmenswertes Beispiel erscheinen zu lassen. Wenn es aber zu solchen Extratouren und Terrorakten kommen sollte, werden Dergt und die Seinen von keiner moralischen Schuld etwas wissen wollen.

Eine Erklärung der inneren Parteiverhältnisse hat die Göringer Tagung nicht gebracht. Man weiß, daß Gemäßigte und Radikale im Schoß der Partei um die Führung ringen, geklärt aber wurden die Verhältnisse nicht. Bloß aus persönlichen Gründen bleiben einige über-radikale Zehrer mit dem überberückichtigten Wille an der Spitze, außerhalb des Parteifüßes, doch werden diese Rechtschöpfungswesen mit dem rechten Flügel der Partei nach wie vor kooperieren und ihr Bestes dazu beitragen, die Zerrissenheit Deutschlands aufrecht zu erhalten. Solange die Deutschnationalen in Deutschland etwas zu sagen haben werden, werden sie die gefährlichsten Feinde sein der Konsolidierung des Staates und jedes sozialen Fortschrittes der Arbeiterschaft.

Gegen das Münchener Schandurteil.

Im „Vorwärts“ nimmt der im Münchener Landesverratsprozeß Fehrenbach, Gargas und Lembke vernommene Sachverständige Dr. Friedrich Thimme zu dem Urteil des Volksgerichtes Stellung. Seine Stellungnahme ist interessant, weil sich das Gericht in den Urteilsgründen gerade auf seine „überragende Autorität“ als Historiker beruft und erklärt, daß „die Meinung des Gerichtes in allen wesentlichen Punkten mit derjenigen des Sachverständigen Thimme übereinstimmt“. Dem widerspricht Thimme. Er stellt fest, daß seine aus genauer Verfolgung der Prozeßverhandlung und eigenem Studium der Akten gewonnene Auffassung der Beurteilung des Gerichtes „geradezu entgegenge- setzt war und ist“. Er stellt weiter fest, daß Fehrenbach sehr wohl der Ansicht sein konnte, daß das Ritter-Telegramm keine „geheim zu haltende Urkunde“ war. Er erkennt an, daß Fehrenbach „eine Persönlichkeit aus einem Guß ist, die gerit und geschult haben mag, aber immer achtingswert bleibt“, und kommt in seinem ersten Artikel zu folgendem Ergebnis:

„Ich halte also die Verurteilung Fehrenbachs wegen Herausgabe des Ritter-Telegramms zu 10 Jahren Zuchthaus — vollendeteter Landesverrat! — rund heraus gesagt für ein Fehlurteil des bayrischen Volksgerichtes. Es genügt ja nach § 92,1 des Strafgesetzbuches nicht, daß die Geheimhaltung eines Aktenstückes oder einer Nachricht für das Wohl des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates erforderlich ist. Nein, der Angeklagte muß sich auch der Notwendigkeit dieser Geheimhaltung bewußt gewesen sein. Das Gericht hat, soviel ich sehe, nicht bewiesen und hat nicht beweisen können, daß Fehrenbach sich der Schädlichkeit der Veröffentlichung bewußt gewesen ist, mag auch heute an der tatsächlichen Schädlichkeit der Veröffentlichung, durch die die deutschfreundlichen Aktionen des Papstes lahmgelagt worden sind, gar kein Zweifel mehr ob- walten.“

Polens Mussolini.

Die Vorbeeren Mussolinis werden, nun sie so sichtbare Erfolge zeitigen, seine Weisheitsweitem nirgends ruhen lassen, am wenigsten den ihm nachstverwandten „Befreier Oberschlesiens“, Korfanth. Seine Stoßtruppen, die sich bereits in Oberschlesien ausgebreitet haben, sollen jetzt nach dem Innern Polens verpflanzt werden. Ihre Arbeit wird im gesamten Staate sehr eifrig betrieben und an ihrer Spitze stehen nationaldemokratische Politiker, welche verschiedene eutgleiste und demokratisierte Leute als Werkzeuge benützen. Korfanth hat den Verband der ober-schlesischen Insurgenten gesprengt und daraus seine Garde gebildet, die er jetzt im ganzen Lande für seine Zwecke benützt. Das Patronat über diese Arbeit haben verschiedene Generale, die durch ihre reaktionäre Ueberzeugung bekannt sind, und einige höhere Polizeibeamte übernommen. Es handelt sich hier nicht um die Wahlen allein, sondern man trifft Vorbereitungen, um eine Wiederwahl Pilsudskis als Präsidenten zu verhindern. Auf jeden Fall sollen diese geheimen Stoßtruppen im engen Kontakt mit der nationaldemokratischen Agitation im Innern einen dauernden und untrennbaren Teil der nationaldemokratischen Politik bilden. Diese Organisation nennt sich Polnische Organisation zum Schutze des Landes und sie stellt eine Stoßtrupp-Organisation mit einem Verhörsverapparat dar. Es ist schon heute klar, daß die Nationaldemokraten diese Organisation nur dazu ins Leben rufen, um den Bürgerkrieg nach Polen hineinzutragen. Der „Kurier Poranny“ Pilsudskis macht darauf aufmerksam, daß die Nationaldemokratie in Polen nicht schläft und gegenwärtig sehr eifrig an der Arbeit ist, volnische Orgeschanden in der Provinz Polen zu bilden. Es handelt sich hier um die Organisierung des sicherlich illegalen Vereins zum Schutze der öffentlichen Ordnung in Polen. In Mogilno haben die Großgrundbesitzer einen monatlichen Beitrag von 15,000,000 Mark angeboten. Man könnte für die ausgebrachten 15,000,000 Mark monatlich dreißig eine Armee unterhalten. In ganz Polen belaufen sich die jährlichen Beiträge auf 7 Milliarden polnische Mark. Der Parallelismus aller hier angeführten Aktionen mit dem Faschismus springt in die Augen. Die nationalistische Siedebüte, die im Lande herrscht, läßt befürchten, daß die sich sammelnden Kräfte auch in der gleichen Richtung vorstößen werden wie in Italien. Das Proletariat hat alle Ursache, wachsam zu sein.

„Totenbeinchen“ (Oberfranken und Engadin), — genau dem menschlichen oder tierischen Schienbein nachgebildet, — die Beziehung zu den Toten unerkennbar, oder Brote, auf denen durch Einschnitte oder Leisstücke zwei gekreuzt liegende Knochen nachgeahmt werden. Die „Seelenzellen“, platte urale Opferkuchen; „Krapfennudeln“, leisförmige Waden (Deutschböhmen) und Stutenbrot, Symbole zugleich der männlichen und weiblichen Fruchtbarkeit, wie überhaupt manches Gebäud die Form der Geschlechtsorgane bewahrt hat: Den Seelen wurde der Zweck der Spende, die Verwahrung der Fruchtbarkeit, schon in der Form des Gebäudes angedeutet; Kuchen und Küchlechen in allen Formen (in Tirol wurden diesem für die Seelen bestimmten Gebäud, damit sie es sehen könnten, bei Nacht brennende Kerzlein beigefügt.)

Die Drezein oder Kringle haben nicht umsonst die Form der Kringle. Ursprünglich gab man dem Verstorbenen den bronzenen oder eisernen Armring, das Brazelet, ins Grab mit, damit er schon geschmückt im Reich der Schatten erscheine; nachher löste man den Schmud mit einem im Teig nachgebildeten Brazelet ab. In die in Goldrollen aufgereichten Schmudringe der Bronzezeit erinnern die Deugel (Reutischein) und die „Pateringe“ aus Mehl (Egerland). Besonders interessant sind die Zöpfe, wie ein Haarzopf geflochtenes Gebäud (bei den Juden gibt der Name „Barach“ noch den Ursprung an: Barachach ist gleich Segen). Diese Zöpfe, Zopfwecken usw. genannten Gebäde heißen auch in vielen Gegenden Strihel (von strohen, geschwollen). Woher die Zopfform? Es ist ein Ersatz für das uralte Haarzopf, das bei zahllosen Völkern als Zeichen der Trauer oder als Entfaltungsoffer, Schmudopfer oder auch als Ablösung für das Opfer des ganzen Menschenleibes dem Verstorbenen ins Grab mitgegeben

Tages-Neuigkeiten.

Wo ein Toter Schlummer hält . . .
 Wo ein Toter Schlummer hält unter grüner Hügelhülle,
 Wird der laute Lärm der Welt stierlich und weiche-
 Hier veredeln Lust und Schmerz, hier vernarben alle
 Denn hier ruht ein heißes Herz, das nun endlich
 Alles Leben ist ein Kampf, ist ein Hassen, ein Be-
 Unserer Wünsche wildest Kampf giert nach Glück und
 Deut und Gestern flieh'n dahin wie geschwind, nicht
 Was Du wählst als Wunschgewinn, lannst Du's auf
 Einem nur ist von Bestand: Menschenwert und Men-
 Wahr' sie: trag mit fester Hand Lebensleid und
 Deine Tat bleibt stolz bestehen, wenn Dein Wort
 Wenn den Körper, stark und schön, dunkle Gräber-
 Tat ist Kampf, und Tat ist Licht! Tat ist wahres
 Nur der Tag erfüllt Pflicht wird Beschädigung Dir
 Streue Sonne aus, dann wird Sonne Deinen Pfad
 Schritte vorwärts unbeirrt, und Du wirst Dein
 Viele habe ich gekannt, die den Weg zum Ziel ge-
 Ihre liebe Menschenhand stützte, schirmte, half ge-
 Floh'n sie wirklich aus der Welt? Lebte nicht noch ihr
 W. z. in Toter Schlummer hält er's grüner Hügel-
 Ludwig Lassen.

Patriotismus. Oft liest man in der deut-
 schen bürgerlichen Presse, daß deutsche Geschäfts-
 leute es entrüstet abgelehnt hätten, an Ausländern
 zu verkaufen, obwohl ihnen dadurch hohe Gewinne
 entgangen seien. Die Waren müßten der Inlands-
 bewohner erhalten werden. Nun ist es zwar
 richtig, daß die wilden Aufkäufe volatilerer
 Hände für die deutsche Volkswirtschaft und be-
 sondern für die arbeitende Bevölkerung Deutsch-
 lands schwer erträglich sind. Maßnahmen dagegen
 sind nötig. Aber mit dem so reklamehaft ausge-
 pressten Patriotismus derer, die etwas zu ver-
 kaufen haben, das sie selber nicht brauchen, ist es
 schlecht bestellt. Davon legt ein Bericht Zeugnis
 ab, den dieser Tage die sächsische Polizei über die
 Vorkämpfer zur wirksamen Sicherung der
 Grenzperre abgegeben hat. Da war zu lesen, daß
 nach dem Polizeiverband zugegangenen Berichten
 der deutsche Ausverkauf durch die deut-
 schen Geschäftsleute, obwohl sie wissen,
 daß sie Ausländer vor sich haben, in gewissenloser
 Weise begünstigt wird. Den Ausländern werden
 zu Umkleiden besondere Zim-
 mer zur Verfügung gestellt, und die deutschen
 Geschäftsleute die abgelegten Kleider gegen
 ein ganz geringes Entgelt auf. Der Bericht
 schließt: „Die Geschäftsleute stellen ihren eigenen
 Vorteil über ihre Pflicht als deutsche Staatsbür-
 ger und heimischen Riesengewinne ein. Nach einem
 anderen Bericht würden die Geschäftsleute es, daß
 die Käufer in den Säulenhallen „unterpöden“. Das
 Geschäftspersonal ist hilfsbereit und steht den
 Umeingeweihten mit Rat und Tat zur Seite. In
 anderen Fällen beobachten die deutschen Geschäfts-
 leute aus den Fenstern des Hauses die Grenzposten
 und geben Zeichen, sobald die Luft rein ist. Das
 Einlegen und Aufbewahren von Paketen ist gang
 und gäbe. Aus einer Großstadt wird berichtet, daß
 alle Händler aus Profitgier den ausländischen
 Käufer lieber sehen als den inländischen.“ Man
 sieht, der Patriotismus der Besitzenden geht über-
 all bis zum Geldbeutel.

Zum Gaudium der Reaktion beschimpfen
 die sächsischen Kommunisten die Mitglieder der
 Regierung in ebenso verlogener wie feiglicher
 Weise. So nannten sie die als Strafmagistrate
 angeordnete Verlegung reaktionärer Beamten
 einen Schwindel, und die Minister Gauner, die
 die Arbeiter nur belügen und betrügen wollten.
 In solcher Weise suchen sie ihre Agitation zu be-
 legen. Sie wollen erzwingen, daß die Minister
 flagrant vorzugehen, um dann ausruhen zu können:
 Seht, die sozialistische Regierung läuft zum Ab-
 Aber selbstverständlich können sich auch sozi-
 alistische Minister bei aller Langmut nicht
 andauernd herabwürdigen lassen und so ist denn
 mit Recht Strafantrag gegen den Verantwort-
 lichen des Chemnitzer Kommunistenblattes ge-
 stellt. Dieser Verantwortliche — der übrigens
 Parteisekretär ist und nur pro forma zeichnet —
 war Landtagsabgeordneter und ist auch als
 Spitzenkandidat in Chemnitz erneut aufgestellt.
 So beleidigt die kommunistische Presse im sichern
 Schutz der Abgeordnetenimmunität. Im betref-
 fenden Falle sind von der sozialistischen Mehrheit
 des bisherigen Landtags schon mehrfach Anträge
 auf Strafverfolgung des Abgeordneten nieder-
 geschlagen worden. Das hält die Kommunisten
 natürlich nicht ab, über die Rechtslosigkeit der
 Kommunisten in Sachen, Arbeiterfeindschaft der
 Sozialisten usw. ihre bekannten Sprüche zu
 klopfen . . .

Wie mit Arbeitslosen umgegangen wird. Ein
 Schuhmachergeselle in Prag reichte am 18. Sep-

Amerika und die Orientkonferenz.

Gegen die Schaffung von Einflußspären. — Gegen den Kültungswahn.

New York, 30. Oktober. (Tsch. P. B.)
 Staatssekretär Hughes erklärte in einer An-
 sprache in Boston, die amerikanische Regierung
 sei, soweit Europa in Betracht komme, stets
 hilfsbereit gewesen, sie sei jedoch nicht gewillt,
 den Einfluß der Vereinigten Staaten durch Ein-
 mischung in Streitigkeiten zu vergrößern, die in
 alten nationalen Rivalitäten wur-
 zelten. Da Amerika keinen Krieg mit der Türkei
 geführt habe, könne es nicht gut an den Friede-
 verhandlungen im Nahen Osten teilnehmen,
 es müsse jedoch seine Interessen schützen ange-
 sichts der Bestrebungen der europäischen
 Mächte, die den Nahen Osten zu einem
 politischen Schachbrett gemacht hätten.
 Amerika vertraue darauf, daß kein Versuch
 gemacht werde, besondere wirtschaftliche
 Einflußgebiete zu schaffen. Bei Erörte-
 rung der Gründe, weshalb die Hauptprobleme
 Europas nicht gelöst werden könnten, erklärte
 Hughes, Europa sei gegenwärtig mit den Aus-
 gaben für große Heere belastet, deren Aufrecht-
 erhaltung zur finanziellen Tragfähigkeit der be-
 treffenden Staaten in starkem Mißverhältnis
 stehe.

Paris, 31. Oktober. (Tsch. P. B.) Der Vor-
 schlag der Vereinigten Staaten in Paris, Her-
 ric, überreichte gestern dem Ministerpräsidenten
 Poincaré eine Note, in der die amerikanische
 Regierung zur Orientkonferenz Stellung nimmt.
 Die Vereinigten Staaten hätten sich mit der
 Türkei nicht im Kriegszustand befunden und
 seien daher nicht berufen, an den Friedensver-
 handlungen teilzunehmen. Die Note zählt sodann
 die Punkte auf, welche die amerikanische Regie-
 rung in Erwägung zu ziehen wünscht: 1. Schutz
 der Wohltätigkeits-, der religiösen und
 Erziehungsanstalten. 2. Zusagen
 betreffend die Handelsfreiheit der Verei-
 nigten Staaten. 3. Ausreichende Bürg-
 schaften für den Schutz der Minderhei-
 ten. 4. Zusicherung der Freiheit der Meer-
 engen. Die Regierung der Vereinigten Staa-
 ten erklärt sich bereit, mit Zustimmung der be-
 teiligten Mächte Beobachter zur Konferenz
 zu entsenden, um ihre Interessen im Orient
 wahrzunehmen und den Meinungsaustausch zu
 erleichtern.

tember um die staatliche Arbeitslosenunterstützung
 ein. Erst nach drei Wochen erhielt er von der
 politischen Bezirksverwaltung eine negative Er-
 ledigung. Der Gehilfe legte gegen diese Erledi-
 gung am 7. Oktober bei der politischen Landesver-
 waltung Rekurs ein und übergab das diesbezüg-
 liche Schriftstück der politischen Bezirksverwaltung
 in Prag-Weinberge. Der Gehilfe durfte nun auf
 die Erledigung tagelang warten und wurde jedes-
 mal bei seinem Vorsprechen von einem Beamten
 mit einem Abschlucken empfangen und wieder —
 entlassen. Schließlich ging der Gehilfe zur
 politischen Landesverwaltung selbst erkundigen,
 um über den Stand seiner Angelegenheit endlich
 Klarheit zu haben. Bei der politischen Landes-
 verwaltung konnte man jedoch trotz gewissenhaf-
 tem Suchen nichts finden, denn das Schriftstück
 befand sich bis zum 20. Oktober — immer noch
 bei der politischen Bezirksverwaltung in Prag-
 Weinberge. Sogar bis heute noch ist die Ange-
 legenheit des arbeitslosen Gehilfen, der seit
 Wochen nicht mehr weiß, wovon er leben soll und
 hungern muß, nicht erledigt, denn der Bürokrati-
 mus gewisser Behörden gestattet nicht eine zweck-
 mäßig rasche Erledigung einer dringenden Ange-
 legenheit. Bei der politischen Bezirksverwaltung
 in Prag-Weinberge häufen sich die Gesuche um
 Arbeitslosenunterstützungen — aber das rührt die
 Herren nicht.

Die Wandlungen der Roten Armee. Welche
 Wandlungen die Rote Armee seit ihrer Gründung
 durchgemacht hat, ist aus einem Dekret des Rates
 der russischen Volkskommissare ersichtlich, das vor
 einigen Tagen erschienen ist und das die Einfüh-
 rung der allgemeinen Wehrpflicht anordnet. In
 diesem Dekret ist mit keinem Wort die Rote
 Armee erwähnt. Die bewaffnete Macht Russlands
 heißt hinfür „das russische Heer“. Die
 Rote Armee war eine Klassenarmee, das russische
 Heer soll angeblich als nationale Wehrmacht gel-
 ten. Und auch in den Einzelinstruktionen, nicht
 bloß in der Organisation und Benennung, äußert
 sich die große Umwandlung. Das Dekret ent-
 hält zum Beispiel die Bestimmung, daß von den
 Soldaten des russischen Heeres fortan in Dienst
 und auch außerhalb des Dienstes Ehrenbezei-
 gungen zu erweisen sind. Die Abschaffung der
 Ehrenbezeichnungen war eine der ersten Anord-
 nungen des Sowjetregimes, das die Rote Armee
 auf die Basis der Gleichstellung von Mannschaft
 und Befehlshabern und auf das System der Ver-
 trauensmänner stellte. Die Institution der Ver-
 trauensmänner ist längst abgeschafft, die Truppen
 stehen unter dem Befehl von Berufsoffi-
 zieren; nun hat auch die letzte Keckheit,
 in der sich die Gleichstellung von Mannschaft
 und Befehlshabern kundgab, aufgehört, die russische
 Armee zu kennzeichnen. Wie Sowjetrußland jetzt
 über die Berufssoldaten denkt, geht aus einer Er-
 klärung des russischen Oberbefehlshabers Kame-
 new hervor, die er in diesen Tagen in Sebastopol
 bei einer Revue über die Marinemannschaft ab-
 gab. „Wenn uns das Ausland in kriegerische
 Bemühungen drängen will“, heißt es in der Er-
 klärung, „so soll es erfahren, daß es mit unserer
 waffengeübten Armee zu tun haben wird, in
 deren Reihen und an deren Spitze Berufssoldaten
 stehen, die ihr Leben der Kriegskunst
 gewidmet haben.“

Ende der „Kosta“. Durch Erlass des allruss-
 ischen Zentralvollzugsausschusses vom 9. Septem-
 ber wird eine Reorganisation des russischen Nach-
 richtendienstes durchgeführt. Die bisherige Tele-
 graphenagentur „Kosta“ wird aufgehoben. Der
 gesamte Nachrichtendienst wird in der beim all-
 russischen Vollzugsausschuss befindlichen „Russi-
 schen Telegraphenagentur“ zentralisiert.
 Dieses neue System bedeutet eine Mono-
 polisierung des Nachrichtendienstes. Die
 „Kosta“ brachte in der letzten Zeit in Form einer
 Diskussion Erörterungen, die den extremen Kom-
 munisten nicht passen. Neben der „Kosta“ ent-
 wickelten sich noch weitere Nachrichtenbüros, die
 ebenfalls den Kommunisten unangenehm waren.
 Man wird also aus Rußland jetzt noch weniger
 authentisches erfahren können, als dies schon bis
 jetzt der Fall war — und das will eben die Sow-
 jetregierung.

Ein Kongreß der tschechisch-sozialdemokrati-
 schen Frauen hat am 29. Oktober in Prag statt-

gefunden. Den Bericht über den bisherigen
 Stand der Frauenorganisationen erstattete Ge-
 nossin Feldel. Die Senatorin Genossin El-
 stein referierte über die Arbeit der Frauen auf
 dem Gebiete der Gesetzgebung. Ueber die kultu-
 relle Seidung der sozialdemokratischen Frauen
 hielt die Genossin Severyn einen Vortrag.
 Ueber Organisation, Taktik und Presse referierte
 eingehend die Genossin Abg. Karpis. An
 der Tagung nahmen 184 Delegierte aus dem gan-
 zen Staatsgebiet und eine Reihe von Gästen teil.
 Von den Resolutionen und Anträgen, die ange-
 nommen wurden, ist besonders der Antrag der
 Genossin Estein erwähnenswert, es möge ein
 Frauenfond ausgearbeitet werden, aus dem
 den fähigsten Genossinnen Mittel zu ihrer agita-
 torischen und organisatorischen Ausbildung ge-
 währt würden. Weiters wurde die Errichtung
 einer sozialistischen Frauenschule be-
 schlossen. Von der Regierung wird die Einfüh-
 rung des Pflichtschulbesuchs für Kinder von 14 bis
 18 Jahren und die Trennung von Kirche und
 Staat gefordert. Außerdem wird für die Er-
 richtung von Bezirksgebäuden eingetreten.
 Bemerkenswert ist auch ein Antrag,
 die Regierung möge es dem arbeitenden armen
 Volk ermöglichen, in den staatlichen Bäu-
 dern Wohnung zu suchen.

Die Räumung Thraziens durch die Griechen.
 Wie aus Athen gemeldet wird, ist Adrianopel
 vollständig geräumt. Die christliche Bevölkerung
 hat die Stadt verlassen. Die Schuljugend hat die
 Mariabridge unter Absingung von patriotischen
 Liedern überschritten. Die Zeitungen melden einige
 Zwischenfälle zwischen Griechen und Türken. Fran-
 zösische Abteilungen haben mit Unterstützung der
 griechischen Gendarmerie die Ordnung wiederher-
 gestellt.

Erordnung eines Amerikaners in Kleinasien.
 Aus New York wird gemeldet: Die Unterstützungs-
 kommission für den Nahen Osten ist benachrichtigt
 worden, daß eines ihrer nach Kleinasien entsenden-
 den Mitglieder, James Wright, von Banditen
 ermordet worden ist, während er etwa 1000
 armenische Waisenkinder nach Aleppo führte.

Vortrag des belgischen Sozialistenführers
 Thoms in Prag. Albert Thomas, Direktor des
 Internationalen Arbeitsamtes, hat, wie aus
 Genf gemeldet wird, die Einladung der tschecho-
 slowakischen Regierung delegiert nach Prag
 angenommen und wird Mitte November in Prag
 eintreffen, um im Sozialen Institut über die
 internationale Konvention in der Frage der
 achtstündigen Arbeitszeit einen Vor-
 trag zu halten.

Bomben, Christus und Nationalsozialismus.
 Das Mannheimer Schwurgericht verhandelte am
 Montag gegen die Nationalsozialisten Janßen,
 Schumm, Förster und Maurice, die das
 Sprengstoffattentat auf die Mannheimer
 Börse am 15. September d. J. verübt
 hatten. Der 22 Jahre alte Angeklagte Janßen
 gab die Tat zu. Er habe mit dem Attentat
 Schrecken verbreiten und nach Christi Wort-
 bild habe er die Schädlinge ausmerzen und den
 Tempel — nämlich die Börse — reinigen wollen.
 Ein Schreckschuß sollte die „jüdische Rasse“ ver-
 warnen. Als ihm der Vorsitzende zu Gemüt
 führte, was für schwere und unchristliche Tat er
 begangen habe, erklärte er, daß er „keine Reue
 über eine deutsche Tat empfinde, die dem Volk-
 ganzen diene“. Schumm gab zu, für Janßen in
 München zwei Handgranaten von dem ange-
 klagten Uhrmacher Maurice besorgt zu haben.
 Er gehörte der Mannheimer Ortsgruppe der
 Nationalsozialistischen Partei an
 und erklärte, mit dem Bombenwurf einverstanden
 gewesen zu sein. Der Angeklagte Förster,
 zweiter Schriftführer der Nationalsozialisti-
 schen Partei, gab zu, daß er Schumm bei
 der Besorgung einer Handgranate behilflich ge-
 wesen ist. Der Angeklagte Maurice, seit 1921
 besoldeter Angestellter der Nationalsozialistischen
 Partei, Kommandant einer „Sturmabteilung“
 dieser Partei, gab zu, die Handgranaten besorgt
 zu haben. Die Geschworenen verurteilten nach
 einstündiger Beratung sämtliche Fragen, die sich
 auf Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz be-
 zogen, bejahen dagegen die Frage auf unbe-
 fugten Besitz von Waffen und Beihilfe zu diesem

Vergehen. Sämtlichen Angeklagten wurden über-
 dies mit Ausnahme von Maurice mildernde Um-
 stände zubilligt. Das Urteil lautete gegen Jan-
 sen auf neun Monate, gegen Schumm auf sechs
 Monate und gegen Förster auf zwei Monate Ge-
 fängnis. Wie man also sieht, ist ein national-
 sozialistisches Bombenattentat, wenn es gegen
 Juden geht, eine harmlose ungefährliche Sache,
 die in Deutschland nur Ehr einbringt. Man er-
 innere sich dabei an das Münchner Bluturteil
 gegen die völlig schuldlosen Journalisten, um so
 recht ein Bild von der Unbestechlichkeit der deut-
 schen politischen Justiz zu bekommen!

Telegramme an den „Sozialdemokrat“. Telegra-
 phische Mitteilungen an den „Sozialdemokrat“ sind
 stets an die Adresse des verantwortlichen Redakteurs
 Dr. Emil Strauß, Prag 2, Paulskovna nam. 32
 zu richten.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Beim Neubau „na
 Flore“ in Prag-Weinberge stürzte gestern vormittags
 der 25jährige Oefnergehilfe Anton Kaluza aus
 Prag-Lieben in eine zwei Meter tiefe Kanalarbe
 und riß drei große Steine auf sich. In schwer ver-
 letztem Zustande wurde Kaluza ins Weinberger Kran-
 tenhaus gebracht.

Ein Boot das dem Wind entgegenfährt. Der
 frühere französische Minister Breton berichtete in
 einer der letzten Sitzungen der Pariser Akademie der
 Wissenschaften über ein von zwei Ingenieuren kon-
 struiertes Boot, das fähig ist, direkt gegen den Wind
 zu segeln, in dem es diesen selbst als Antriebskraft
 verwendet. Eine Luftpumpe, die vom Winde getrie-
 ben wird, setzt durch eine zu diesem Zweck einge-
 baute Maschine die Schraube in Bewegung. Breton
 selbst sah am Steuerbrücke, als das Boot auf der
 Seine inmitten der zahlreichen Fahrzeuge, die den
 Fluß bevölkerten, manövrierte. Drei Stunden lang
 fuhr das von seinem Luftmotor bewegte Boot den
 Fluß herauf und herunter und kehrte ohne Unfall zu
 dem Landungsplatz, von dem es abgefahren war,
 zurück.

Telegramme.

Eine Gefährdung der Orientkonferenz?
 Konstantinopel, 31. Oktober. (Reuter.) Die
 Vertreter der Regierung von Angora haben
 dem Oberkommissar zwei Noten ausgehändigt.
 Die erste erklärt sich mit Lausanne als Ort der
 Tagung der Friedenskonferenz einverstanden, die
 zweite protestiert gegen die Einbezie-
 hung der Konstantinopler Regie-
 rung in die Einladung, die sie als eine Ver-
 letzung des Geistes des Abkommens von Mudania
 bezeichnet. Die Note bemerkt, dies werde viel-
 leicht die Vertreter Angoras zwingen, von der
 Teilnahme an der Konferenz Ab-
 stand zu nehmen.

Die Reparationskommission in Berlin.

Berlin, 31. Oktober (Eigenbericht). Die Ver-
 handlungen der Reparationskommission mit der
 Regierung haben heute begonnen. Sie wurden
 mit einem offiziellen Empfang eingeleitet. Der
 Reichskanzler erklärte, daß er und seine
 Mitarbeiter sich mit aller Offenheit und Aufrichtig-
 keit der Aussprache zur Verfügung stellen wollen.
 Das deutsche Volk, dem es an den notwendigen
 Nahrungsmitteln und an Kohle fehle, stehe vor
 einem furchtbaren Winter des Hungers
 und der Kälte. Die kranke Wirtschaft
 Deutschlands müsse geheilt werden, nur dann
 bestehe Aussicht, Leistungen aufzubringen, die
 Gläubiger und Schuldner befriedigen. Die Sta-
 bilisierung der Währung sei das Pro-
 blem der Konferenz. Nur schnelles Handeln
 laß die Lage retten und die Leistungsfähigkeit
 Deutschlands wiederherstellen.

Der Vorsitzende der Reparationskommission,
 Barthou, erwiderte, daß er die Worte des
 Kanzlers als ein Programm entgegennehme. Es
 werde die Arbeit der Reparationskommission sein,
 die Lage Deutschlands zu erörtern. Die Kom-
 mission danke dem Kanzler für sein Versprechen,
 an den Verhandlungen mit Offenheit und Ehr-
 lichkeit mitzuarbeiten. Das Ziel, das gemeinsam
 ins Auge gefaßt worden sei, müsse möglichst schnell
 erreicht werden. Der Augenblick sei gekommen,
 ohne Umschweife zu sprechen und an die Arbeit
 zu gehen.
 Die sachlichen Beratungen haben
 heute abends begonnen. Was bisher über die Ab-
 sichten der Vertreter der Alliierten berichtet wurde,
 dürfte auf Vermutungen beruhen. Die deutsche
 Regierung will sich bemühen, eine große Aus-
 landsanleihe zu erhalten, zu deren Zinsen-
 bedeckung die Reparationskommission
 auf ihre Prioritätsrechte verzichten
 soll. Es wird hier aber angenommen, daß diese
 Anleihe erst dann zustandekommen wird, wenn
 vorher die Notendrucke stillgelegt worden ist.

Der Prozeß wegen der Beine des Dr. Hermes.

Berlin, 31. Oktober (Eigenbericht). Vor einer
 Berliner Strafkammer begann heute der
 Prozeß des Reichsfinanzministers Hermes gegen
 die „Freiheit“, die dem Minister vorgewor-
 fen hat, er habe sich durch Weinlieferungen
 Gunsten eines Wingerverbandes beein-
 flussen lassen. Ein Vergleichsversuch zu Beginn
 der Verhandlung mißlang. Genosse Henkel,
 der seinerzeit die „Freiheit“ verantwortllich ge-
 zeichnet hat, erklärte hierauf, daß es sich in diesem

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Falle um die Frage handle, ob ein Beamter Geschenke annehmen dürfe oder nicht. Der erste Verhandlungstag wurde mit der Vernehmung des klagenden Ministers ausgefüllt, dabei kam es zu peinlichen Auseinandersetzungen, als der Verteidiger des Angeklagten verschiedene, den Minister kompromittierende Vorfälle vorbrachte. Dr. Hermes behauptet, ihm habe das Bewußtsein gefehlt, verdächtige Geschenke anzunehmen. Die weitere Verhandlung wurde schließlich auf Mittwoch vertagt.

Die Arbeitervertreter im Arbeitsamt.

Genf, 30. Oktober. (Schweiz, Dep. Ag.) Bei den Wahlen für den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes bezeichnete die Gruppe der Arbeiter Rouhaux (Frankreich), Dipart (Deutschland), Boulton (England) u. Moore (Kanada) als ihre Vertreter.

Vollschweizerische Banden in Dikalizien.

Warschau, 30. Oktober. (Sch. P.) Die „Niez Polska“ aus Lemberg meldet, wurde eine der größten vollschweizerischen bewaffneten Banden, die in Dikalizien ihr Unwesen treiben, zersprengt. 60 Mitglieder der Bande wurden gefangen genommen und sollen morgen vor das Standgericht gestellt werden. Auch in der Gegend von Sosal wurde eine größere vollschweizerische Bande, die unter der Führung von Offizieren der ehemaligen Armee Budjennyh stand, gefangen genommen.

Der heutigen Nummer liegt ein Erlaßschein zwecks Einzahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitung erfolgt.

Die Bezugsgebühr beträgt monatlich K 16.—, vierteljährig K 48.—, halbjährig K 96.—, ganzjährig K 192.— und ist stets im Vorhinein zu entrichten. Der Abonnementbeitrag muß längstens bis 7. in unserem Besitz sein und erstehen wir dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Kunst und Wissen.

Hat Jesus gelebt?

Ueber dieses Thema sprach vorige Woche, der auf diesem Gebiete rühmlichst bekannte Gelehrte Professor Dr. Artur Drews aus Karlsruhe als Gast des Vereines „Freier Gedanke.“ Die Frage „Hat Jesus gelebt?“ ist in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg mit großer Leidenschaftlichkeit erörtert worden. In Deutschland haben Drews, Holtzoff und Lublinski ihr vielbeachtete Schriften gewidmet. Insbesondere hat „Die Christusmythe“ von Drews (1909) die Geister in Aufregung versetzt, zumal da ihr Verfasser es unternahm, die Frage in öffentlichen Vorträgen zu behandeln. Daß es sich hier überhaupt um eine Frage handelt, liegt an der Beschaffenheit unserer Quellen über Jesus. Prof. Dr. Drews sagt diesbezüglich: Die sogenannten Profanzugnisse eines Josefus, Sveton und Tacitus können als solche nicht angesehen werden. Die diesbezüglichen Stellen des jüdischen Geschichtsschreibers Josefus sind zugestandene Fälschungen. Sveton handelt nicht von Christus, sondern von Christus, auf dessen Anstiften die Juden in Rom häufig Unruhen erregt hätten und deshalb aus der Stadt vertrieben wurden. Aber es besteht kein Grund, die Stelle aus den evangelischen Jesus zu beziehen. Die Echtheit der Tacitus stelle ist sehr zweifelhaft, da die ersonnene Christenverfolgung, worauf sie sich bezieht, niemals stattgefunden hat, ist aber auch sonst belanglos, da Tacitus seine Nachrichten über Jesus — wie selbst der Berliner Historiker Eduard Meyer zugibt — den mündlichen Angaben der Christen seiner Zeit (um 117) verdankt. Aber auch das Zeugnis des Paulus ist kein Zeugnis im wahren Sinne des Wortes. Er kennt Jesus als einen Menschen überhaupt nicht, sondern nur als Göttemenschen, als übermenschlichen Geist, eventuell als Heilsvermittler und sagt nur Dogmatisches, aber nichts Geschichtliches über ihn aus. Sein Jesus Christus gleicht den Erlösergöttern der heidnischen Mythentumulte und geht unmittelbar auf den „leidenden Gottesknecht“ von Jesaja 53 und den „Verrechten“ der Weisheit Salomons (Kap. II) zurück, hat also kaum irgendwelche Ähnlichkeit mit dem Jesus der Evangelien.

So stehen die Evangelien als einzige Zeugnisse über Jesus rein auf sich selbst. Nun zeigt aber die genaue Betrachtung, daß auch die Evangelien ein bloßer Mythos sind und keine geschichtlichen Tatsachen erzählen. Ihre Berichte über Jesus sind teils aus dem alten Testamente, dem sogenannten Weisagungsweise zusammengestellt, teils vom Sternhimmel abgelesen, wie Drews dies in seinem neuesten Werke „Das Marius-evangelium als Zeugnis gegen die Geschichtlichkeit Jesu“ (1921 im einzelnen gezeigt hat. Aber auch die Lehren Jesu sind nicht neu. Die von ihm verkündigte, angeblich neue Sittlichkeit ist gleichfalls dem „Alten Testamente“ entlehnt und auch seine Gleichnisse haben ihr Seitenstück im „Alten Testamente“ und im Talmud, womit natürlich nicht der sittliche und künstlerische Wert, sondern nur das bestritten wird, daß sie als Be-

weis für die Geschichtlichkeit Jesu dienen können. Es gibt eben keine überzeugenden Zeugnisse für Jesus. Seine Gestalt gehört der frommen Dichtung, nicht der Geschichte an.

Mit dem Wegfall des Mittlers zwischen Gott und Welt fällt auch die Notwendigkeit fort, beide als verschiedene Wesen auseinander zu halten und Gott von der Welt zu trennen. Gott wird dann selbst zum Wesen der Welt, die Welt zu seiner Erscheinung, wie unsere größten Geister angenommen haben. Mit der Aufstellung des unergründlichen, der Welt innenwohnenden Gotteistes sind die Grundlagen einer neuen Religion gelegt, die unserem heutigen Bewußtsein entspricht, von den Schwierigkeiten des Christentums frei ist und die für das Sehen des Menschen alles leistet, was der geschichtliche Jesus, der außerweltliche, persönliche Gott leisten konnte. In seinem Werk „Die Religion als Selbstbewußtsein Gottes“ (1906) sowie in der kleinen Schrift „Freie Religion“ (2. Auflage 1921) hat Drews die Grundzüge einer solchen Religion entwickelt und damit auch den „Freien Gemeinden“ eine religiöse Unterlage zu übermitteln versucht, auf der sie weiterbauen können.

Im Sörsoale V des Karolinums, der sich als viel zu klein erwies, war eine Kopf an Kopf dichtgedrängte Zuhörermenge anwesend, welche den interessanten Ausführungen des Referenten mit der größten Aufmerksamkeit folgte und ihn am Schlusse mit reichem Beifall besohnte. Zu der anschließenden Aussprache waren die Theologen, denen, wie jedermann, freie Beteiligung gewährleistet war, nicht erschienen. Vor dem Umsturz durfte Prof. Dr. Drews die Grenzen der gewesenen Monarchie nicht überschreiten, um so herzlicher war daher bei diesem ersten Besuche in Prag die Begrüßung.

„Die Entlassung.“ Ein Stück Geschichte in drei Akten von Emil Ludwig (Uraufführung im Prager Deutschen Theater am 30. Oktober.) Wilhelm II. braucht sich über dieses Stück nicht aufzuregen; die Vorgänge, die es bringt, werden heute nicht mehr als westbewegend empfunden. Selbst die hartnäckigsten Kämpfe der bedeutendsten politischen Persönlichkeiten vergangener Zeiten vermögen uns nicht anzuheben so zu seßeln, wie die kleinste wirtschaftliche Frage der Gegenwart. Umsoweniger, als das „Stück Geschichte“, wie es der Autor nennt, in seinen drei Akten nur allbekannte Tatsachen bringt und in ziemlich getreuer Anlehnung an den jüngst veröffentlichten dritten Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“. Den Konflikt ergibt die Gegensätzlichkeit der Charaktere: der Regent will „Vollstärker“ sein und keine Repräsentationsmarionette, der Kanzler will Regent sein und nicht Vollzugsinstrument für den Willen eines anderen. Der Konflikt wird aktuell, weil er sich an den Meinungsverschiedenheiten über die Arbeiterschutzesetze und den Vertrag mit Rußland entzündet. Der Kaiser gibt nicht nach, der Kanzler fällt. Die Sympathien wenden sich aber nicht dem angeblichen tragischen Helden zu, denn er wirkt nicht tragisch; es fehlt jede psychologische Vertiefung, jede zwingende Entwicklung eines tragischen Geschehens. Ja man empfindet eine gewisse Genugtuung, wenn dieser als rückständiger, verborbener Autokrat gezeichnete Kanzler abgesetzt wird. Die Anlage des Stückes ist insofern gelungen, als es in guter Steigerung aufgebaut ist und mit ungekünstelten Mitteln bühnenwirksame Szenen erzielt. Allerdings wirkt das Ganze auf die Dauer monoton, weil sich das trodene Abspinnen historischer Ereignisse für die Bühne nicht eignet, doch dank der guten Aufführung wurden die Bühnenvorgänge mit Teilnahme verfolgt. Besonders die beiden Szenen zwischen Kaiser und Kanzler gefielen. Roman Reinhardt gab einen Bismarck von großer Porträthäufigkeit und guter, nicht übertriebener Haltung und fand sich mit gutem Erfolg nach kurzem Takt in den Ton des alten Bären hinein. Auch Friedrich Höpflin, der mit ihm die undankbare Aufgabe des geschichtlichen Fotografen teilte, wirkte trotz nicht übermäßig kaiserlicher Garderobe glaubhaft und wuchte Schatten und Licht trefflich zu verteilen. Die Mehrzahl der übrigen Figuren war Theater letzten Ranges mit Vatermördern und Großvaterbinden und einem Berlinerisch aus Stignenlied. Das zahlreich Publikum spendete trotzdem freundlichen Beifall. Dr. F. R.

„Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung“ von Christian Dietrich Grabbe (Tschechisch Schandatheater). Mit diesem heute über hundert Jahre alten Lustspiel wurde im Zwandatheater der Jhklus literarischer Schwänke eingeleitet, der eine Reihe wertvoller Werke aus der Weltliteratur umfassen soll, was aufs neue die ersten literarischen Bestrebungen dieser Bühne bezeugt. Der Verfasser des aufgeführten Lustspiels, Grabbe, war einer der ersten und wohl auch tragischsten Beispiele eines verbummelten, zugrunde gegangenen Genies — heute würde man sagen Bohemien —, der eben durch die Kraft und Eigenart seines Genies in den Abgrund gerieben wurde und, wie Freiligrath in seinem schönen dichterischen Nachruf sagt, in der Flamme seines eigenen Geistes verbrannte. Ein sehr scharf zugliedernder Geist von großer Klarheit, von treffendstem Urteil, aber durchaus pessimistisch in seinen Anschauungen. Er sieht die Welt immer nach dem Schlechteren hin verzerrt. In seiner absoluten Verneinung jedwedes Guten erinnert er an Strindberg, vor dem er allerdings ein einziges Ideal vor sich hat: Den Glauben an die wirklich bestehende Vollkommenheit von großen Werten der Dichtkunst. Unter seinen Werken sind die zwei Historien „Napoleon oder die hundert Tage“ und „Hannibal“ — mehr

*) „Die Christusmythe“ (1909), „Das Menschen-evangelium“ (1921), „Die Religion als Selbstbewußtsein Gottes“ (1906), „Freie Religion“ (2. Auflage 1921), „Der Sternhimmel in der Dichtung und Religion der alten Völker des Christentums“ (1922) sind im Verlag Eugen Diederich, Jena, erschienen, weiterhin „Einführung in die Philosophie“ (1921, Berlin).

eine Fäufung geistvollster Epigramme als regelmäßige Dramen — am bekanntesten. Das vorliegende Lustspiel ist eine von Grabbes frühesten Arbeiten, es enthält aber schon die ganze Bitterkeit seiner späteren Jahre. Es ist vorzugsweise eine heftige Satire auf die damaligen literarischen Verhältnisse Deutschlands und trifft die Schwächen so vorzüglich, daß es bei Aenderung der Namen — das Zwandatheater hat das Stück in dieser Richtung gefächelt angepaßt — noch heute aktuell wirkt. Die Hauptfigur ist der Teufel, der auf die Oberwelt kommt, weil in der Hölle sauber gemacht wird, und sämtlichen beteiligten Personen bisfide Wahrheiten an den Kopf wirft. Die Inszenierung des Stückes bietet mehrere Schwierigkeiten in dem halb realistischen, halb märchenhaften Milieu, in dem beständige Szenewechsel und schließlich in dem Umstande, daß Grabbe selbst am Schlusse antritt. Regisseur Vor im Vereine mit dem geschickten Architekten Rand fand sich recht gewandt mit diesen Schwierigkeiten ab. Die Darsteller waren um die originelle Aufgabe, dieses alte, selten gespielte Stück zu erneuern, aufs sorgfältigste bemüht, doch waren sie wohl alle, auch der elegante Teufel des Herrn Kadlec, für die Giftigkeit Grabbes etwas zu jovial. Vollständig traf den Ton wohl nur der Schullehrer des Herrn Kadoschinsky und ferner die einzige ideal verankelte männliche Figur des Stückes, der Liebhaber, den Herr Marcel darstellte. Gewisse literarische Angriffe trafen sichtlich auf allgemeines Verständnis. Die interessante Kuriosität fand aufrichtigen Beifall. Dr. L. A.

Neues Theater. Heute, den 1. Nov.: nachm. „Hamlet“, abends „Offenbach“; Donnerstag, den 2.: „Der Bettelstudent“; Freitag, den 3.: „Fajadere“; Samstag, den 4.: „Der Barbier von Bagdad“; 10 Uhr nachts „Rosa Altschul“ (Gastspiel Gisela Werbezirt).

Kleine Bühne. Heute, den 1. Nov.: „Entlassung“; Donnerstag, den 2.: „Bauwan“; Samstag, den 4.: „Schöne Seelen“, „Bräutigam“, „In Ewigkeit Amen“, Sonntag, den 5.: nachm. „Rosa Altschul“ (Gastspiel Gisela Werbezirt), abends „Frau Lohengrin“ (Premiere mit Gisela Werbezirt).

Kleine Chronik.

Untergang russischer Kreuzer. Ein drahtloser Bericht aus Riga meldet, daß bei einem Sturm in der Lissa die russischen Kreuzer „Rossia“ und „Gromoboi“ mit einigen anderen Schiffen untergegangen sind. Ueber das Schicksal der Besatzung ist man im Ungewissen. Wenn sie nicht zu retten waren, wird die russische Kriegsflotte mehrere hundert Mann als Opfer zu beklagen haben.

Schwerer Unfall im Dresdener Opernhaus. Im Dresdener Opernhaus hat sich Sonntag nachmittags ein schwerer Unfall zugetragen. Ein Arbeiterverein aus Coswig besichtigte die Bühne, als plötzlich ein Balkenstück des Bodens nachgab und neun Personen zwölf Meter in die Tiefe stürzten. Fünf von diesen wurden mit schweren Verletzungen nach dem Krankenhaus Friedrichstadt gebracht. Einer der Verunglückten ist dort bereits gestorben. Die Untersuchung über die Ursache des Unglücks ist bereits eingeleitet worden.

Der Koloradoläher ist jetzt in Frankreich festgestellt worden, und damit ist den Kartoffelern eine furchtbare Gefahr nahegerückt. Im Osten von Nordamerika müssen die Felder jährlich ein paarmal mit einer arsenhaltigen Flüssigkeit besprüht werden, um die Ernte vor völliger Vernichtung zu schützen. Die französische Regierung hat ausgedehnte Maßnahmen ergriffen, um die Plage sofort zu unterdrücken und dafür schon große Summen ausgegeben. Nach den Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft ist aber zu befürchten, daß die Käfer, die in Frankreich bereits über eine große Fläche verbreitet sind, auch nach Deutschland kommen. Im Juli 1911 konnte bereits ein Einfall des Käfers bei Hamburg durch rasches Eingreifen abgesehen werden.

Der größte Schwimmbad der Welt ist auf der Reichswerke zu Wilhelmshaven in Beschaffung. Er ist 84 Meter hoch und kann Lasten bis zu 250 Tonnen 55 Meter hoch heben. In seinen Eisentauern kann sich ein ganzes Torpedoboot schaukeln. Laut Friedensvertrag sollte der Kran an die Entente abgeliefert werden; doch erwies sich bei näherem Zusehen sein Transport übers Meer sehr unsicher, es wurde deshalb verfügt, daß genau der gleiche Kran auf deutsche Kosten in England hergestellt werden muß.

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Streik im Falkenauer Kohlenrevier.

Am Samstag tagte in Falkenau eine Konferenz der Obmänner der Betriebsräte, um über das Ergebnis der am 25. Oktober stattgefundenen Lohnverhandlung zu beraten. Der Bericht erstattete Genosse Bloß. Aus den Ausführungen des Redners ging hervor, daß die Verhandlungen am 25. Oktober ergebnislos verlaufen sind. Die Differenz, welche zwischen dem Preisabbau und der von den Unternehmern geforderten Lohnherabsetzung besteht, beträgt durchschnittlich neun Prozent. Nach einer ausführlichen Debatte wurde beschlossen, an dem Grundlag festzuhalten, einer Kürzung der Löhne nur in dem Maße zuzustimmen, als die objektive Festsetzung des Preisabbaues ergibt. Unter Beibehaltung dieses Grundsatzes erklärt sich die Konferenz bereit, weitere Lohnverhandlungen zu führen. Da die Regelung der Lohnfrage im Falkenauer Revier im Rahmen des soeben angeführten Grundsatzes nicht möglich war, sieht sich die Konferenz gezwungen, in der berechtigten Abwehr gegen die Angriffe der Unternehmer den Beschluß der letzten Konferenz durchzuführen und mit 30. Oktober den Revierstreik zu proklamieren. Ebenso wurde der Beschluß gefaßt, die elektrische

Zentrale bis auf weiteres im alten Umfang aufrecht zu erhalten. — Am Montag, den 30. Oktober ist tatsächlich in Falkenau-Elbogen-Karlstade Revier auf allen Schächten die Arbeit eingestellt worden. Das Zentralkomitee tagt ständig im Sekretariat der Union der Bergarbeiter in Falkenau. Jede Kohlenabgabe ist eingestellt.

Die Lehren des Krakrauer Streiks.

Vom Sekretariat der Zentralgewerkschaftskommission in Reichenberg erhielten wir eine längere Darstellung über die Ursachen des Zusammenbruchs des Streiks bei Klinger in Krakrau, der wir folgendes entnehmen:

Der Streik entstand wegen der Einführung einer neuen Arbeitsordnung. Um die Wende des Jahres 1921/22 trat — wie noch erinnerlich — die Arbeitgeberhauptstelle des Hauptverbandes der Industrie mit der Einführung einer neuen Arbeitsordnung auf den Plan. Die Absicht war, noch vor Inkraftsetzung des Gesetzes über die Betriebsauschüsse Arbeitsordnungen einzuführen, da nach der Inkraftsetzung des Gesetzes Arbeitsordnungen nur unter Mitwirkung der Betriebsauschüsse festgesetzt werden konnten. Die Zentralgewerkschaftskommission leitete in den ersten Jauuertagen die Abwehraktion ein und es kam eine Vereinbarung mit dem Hauptverbande der Industrie zustande, in der unter anderem festgesetzt wurde, daß die beiden Zentralstellen über den Inhalt einer Rahmenarbeitsordnung verhandeln sollten, welche dann an die Stelle des Diktates der Arbeitgeberhauptstelle zu treten hatte. Mit dieser Abmachung war die Gefahr, welche der Arbeiterschaft, die in den Veränden des deutschen Gewerkschaftsbundes organisiert ist, aus der Einführung der neuen Arbeitsordnung drohte, vollständig beseitigt.

Was geschah nun im Klingerischen Betrieb in Krakrau? In dem dortigen Betrieb sind die Textilarbeiter im kommunistischen Textilarbeiterverband beziehungsweise in der Textilsektion des kommunistischen chemischen Verbandes organisiert. Die Machter dieser Organisation erklärten, daß für die kommunistischen Arbeiter die Abmachungen der Zentralgewerkschaftskommission nicht gelten und beschimpften noch diese Kommission, daß sie die Vereinbarung abgeschlossen habe. Dieses Vorgehen mußten nun die kommunistischen Arbeiter bitter büßen. Der Streik bei Klinger und sein unglücklicher Ausgang hätte nicht sein müssen, wenn nicht die dortigen Arbeiter aus der Union der Textilarbeiter ausgetreten wären und wenn sie eine ähnliche Vereinbarung, wie es die Zentralgewerkschaftskommission tat, abgeschlossen hätten. Die kommunistischen Führer erklärten, den Kampf mit den schärfsten Mitteln, also mit dem Streik, zu führen. Sie trieben die Arbeiter in den Streik in einem Zeitpunkt, wo für die Arbeiter aller Berufe im deutschen Gewerkschaftsbunde die Arbeitsordnung schon eine erledigte Sache war. Die kommunistischen Führer haben die letzte Möglichkeit bewußt verfaumt, die Klinger-Arbeiter vor dem entsetzlichen Unglück, das ihnen der Zusammenbruch ihres langen Streiks bringt, zu bewahren. Es ist den kommunistischen Gewerkschaftsführern gelungen, ihren Mitgliedern die gute alte gewerkschaftliche Lehre auszutreiben, daß der Streik das letzte gewerkschaftliche Kampfmittel ist.

Wegen ihrer Maßnahmen und der getroffenen Vereinbarung wurde die Zentralgewerkschaftskommission von den späteren kommunistischen Streikführern der Klingerarbeiter seinerzeit verhöhnt und beschimpft. Aber die Arbeiterschaft jener Verbände, welche im Deutschen Gewerkschaftsbunde stehen, wurde durch die „reformistische“ Taktik der Zentralgewerkschaftskommission im Streikfalle der Arbeitsordnung vor dem Schicksal bewahrt, welches die Klinger-Arbeiter in Krakrau jetzt erleiden müssen und welches sie der traurigen Tatsache zu danken haben, daß die Leitung ihrer kommunistischen Organisation den sachlichen Gewerkschaftskampf durch die hohle Phrasen ersetzt hat.

Ueber die Festsetzung tschechoslowakischen Kapitals in Sachsen berichtet die bürgerliche Presse Sachsens. Bedenklich sei es, daß die Aktien der Sächsisch-Böhmischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, die, obwohl sie fast keinen Ertragswert aufweisen und vor nicht zu langer Zeit unter oder um pari herum standen, auf 440 Prozent und in den letzten Tagen sogar auf 7500 Prozent hinaufgeschossen sind. Die Aktien sind zum größten Teil in den Besitz der neuen Deutsch-Böhmischen Ebschiffahrtsgesellschaft übergegangen, deren Hauptaktionäre tschechische Staatsangehörige seien, und zwar offenbar die Gruppe Schicht in Auffig. Eingewiesen wird auch darauf, daß die Magdeburger „Ebe“-Gesellschaft von der Deutsch-Böhmischen aufgekauft worden sei und daß lebhafteste Käufe in Aktien der Speicherei und Expeditions-A.G. in Riesa zu beobachten seien. Es scheint also ein großer einseitiger Geldzugplan des Zusammenflusses aller Ebschiffahrtsgesellschaften unter maßgebendem tschechoslowakischen Einfluß vorzuliegen. Wie weit all das zutrifft, ist im einzelnen schwer zu übersehen, soviel kann aber natürlich als sicher gelten, daß das tschechoslowakische Kapital die ihm günstige Situation zur Erweiterung seiner Einflusssphäre ausnützt. Der moderne Kapitalismus breitet sich, wo er kann, ebenso systematisch wie rücksichtslos aus und macht dabei an den Grenzen der Länder nicht halt.

Die Bergbauproduktion in der Tschechoslowakei. Die soeben erschienene Nummer 52 der Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“ veröffentlicht die Ergebnisse der Bergbauproduktion in der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1919. Diesen Daten nach standen in diesem Jahre 460

Gruben im Betriebe (hievon 140 Steinkohlen- und 230 Braunkohlengruben). Der Wert der im Jahre 1919 gewonnenen Mineralien betrug 1.660.461.816 Kč; hievon entfielen 932.890.117 Kč auf Steinkohle, 594.552.114 Kč auf Braunkohle, 89.681.008 Kč auf Eisenerz, 998.560 Kč auf Gold, 13.295.319 Kč auf Silbererz, 10.691.220 Kč auf Kupfer, 2.237.942 Kč auf Zink. Beim Bergbau waren im ganzen 129.084 Arbeiter und Aufseher beschäftigt; von dieser Anzahl entfielen 68.794 Personen auf die Steinkohलगewinnung, 48.121 auf die Braunkohलगewinnung, 7466 auf die Eisenerzgewinnung und 3010 auf die Silbererzgewinnung. — Dazu wäre nur zu bemerken, daß es reichlich spät ist, wenn die Ergebnisse einer Statistik, die sich auf das Jahr 1919 beziehen, Ende 1922 veröffentlicht werden.

Besserung der Wirtschaftslage — in Schweden und Japan. Die Besserung der Wirtschaftslage in Schweden findet ihren Ausdruck im Rückgang der Arbeitslosigkeit. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug im April etwa 124.000, Ende Juli dagegen nur noch 88.000. Im Juni zeigte der schwedische Außenhandel zum erstenmale in diesem Jahre eine aktive Handelsbilanz. Insbesondere hat sich die Lage der Holz- und Papierindustrie, der Textil- und Eisenindustrie gebessert, während die Maschinenindustrie noch stagniert. Auch aus Japan wird eine Besserung der Wirtschaftslage gemeldet. Im September ist die Handelsbilanz mit 15 Millionen aktiv gewesen. Dies wird vor allem auf die erhöhte Nachfrage nach Rohseide zurückgeführt.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank	617.45
Berlin	Mart	144.00
Wien	Österr. Kr.	2400.00

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1243.00	1247.00
100 Mar.	0.81.00	0.81.00
100 schweiz. Frank	672.50	675.50
100 Lire	125.75	127.25
100 franz. Frank	219.25	220.75
1 Pfund Sterling	141.02	143.12
1 Dollar	31.70.00	32.10.00
100 belg. Frank	203.00	205.00
100 Dinar	51.25	51.75
100 österr. Kronen	0.0350.00	0.0450.00
100 poln. Mart	0.17.00	0.27.00
100 maghar. Kronen	1.20.50	1.30.50

Züricher Schlusskurse.

Berlin	0.12.12	Paris	34.55.00
Wien	0.00.75	Mailand	22.15.00
Prag	17.45	Budapest	0.22.00
Holland	216.75	Isarak	2.28.00
New York	5.55.00	Warschau	0.03.50
London	24.74.00	Wien zeit.	0.00.75

Genossenschaftsbewegung.

Die Generalversammlung des Konsumvereines Bifin hatte, da in allen Verkaufsstellen die Delegiertenliste der bisherigen Verwaltung gesiegt hatte, einen erfreulichen Verlauf. Die gewählten Delegierten waren vollständig erschienen. Den Vorsitz führte Genosse Stranz und den Bericht erstattete der Obmann Genosse Kühnel. Begeistert waren in der Berichtszeit 149 Mitglieder und eröffnet wurde eine Verkaufsstelle in Pöschken. Die Kommunisten hatten gehofft, für sich Stimmung machen zu können, wenn sie den jetzigen Vorstand beschuldigten, daß er die Genossenschaft an den Konsumverein Teplitz „verschahren“ will. Auch dieser Trick hatte ihnen nichts genützt und so propagierten sie den Austritt aus dem Konsumverein. Auch da wird ihnen kein besonderer Erfolg beschieden sein, denn es würde nur bedeuten, daß die Arbeiter wieder bei den Krämerlein einkaufen müßten. Die Genossenschaft hat 1617 Mitglieder, die in sechs Verkaufsstellen ihren Warenbedarf decken. Der Umsatz beträgt 4.418.456.07 K und ist um 200.000 K höher als im Vorjahr. Der Vertriebsvertrag beträgt nur 9 Prozent und da die Regie 8.5 Prozent vom Umsatz beträgt, konnte nur ein Ueberschuß von 11.072.05 K erzielt werden. Dieser Betrag wurde zur Gänze dem Reservofonds überwiesen. Auf Grund der Satzungen sollte heuer der Obmann Genosse Kühnel ausscheiden; über Antrag des Aufsichtsrates wurde er einstimmig wiedergewählt. Vom Aufsichtsrat sollten die Genossen Stranz, Stierl und Sulzka ausscheiden, die auch einstimmig wiedergewählt wurden. Es wurde beschlossen, einen Betrag von rund 2000 K für genossenschaftliche Bildungszwecke stiftung zu machen, ferner wurde beschlossen, aus der Großeinkaufsgesellschaft Wien aus- und jener in Prag beizutreten. Endlich wurde beschlossen, die Preisstatulation derart zu machen, daß der Konsumverein unter allen Umständen die niedrigsten Preise habe, selbst wenn dadurch im nächsten Jahr gar kein Ueberschuß herauskommen sollte. Auch wurde über die Möglichkeit der weiteren Schaffung von Verkaufsstellen beraten.

Gerichtssaal.

292.420 Kronen herausgelockt.

Prag, 31. Oktober. Vor dem Prager Schwurgerichte hatte sich heute der Absolvent der Prager Handelsakademie Heinrich Münch wegen Veruntreuung von insgesamt 292.420 Kronen zu verantworten. Aus der Anlagenschrift entnehmen wir folgendes: Heinrich Münch lernte im Juni des Vorjahres den Sohn des Kohlenhändlers Tomas Simel aus Prag-Břichowitz kennen. Der junge Simel, dem Münch einredete, daß er für ein gutes Geschäft Geld brauche, stellte Münch seinem Vater vor, der dem jungen sympathisch aussehenden Manne auf die Fürsprache seines Sohnes hin 20.000 Kronen borgte. Münch gab zwar in einigen Tagen das Geld zurück, borgte sich

aber sofort wieder 37.000 Kronen aus, die er nicht mehr zurückbrachte. Vielmehr wußte er von Simel unter allerlei Vorwänden immer wieder Geld herauszulockern, sodas bald 76.000 Kronen in seiner Tasche verschwunden waren. Damit hatte Simel seine Parochie erschöpft. Da aber Münch neuerdings drängte und erklärte, das ganze Geschäft — es handelte sich nach seiner Angabe um eine Transaktion von Wertpapieren — sei verloren, wenn der Geldstrom versage, so borgte sich Simel von seinen Geschäftsfreunden Friedrich Siller und Wenzel Blasat Geld gegen Wechsel aus und gab es dem Münch. Auf diese Weise machte Simel beim Siller 55.000 Kronen und beim Blasat 50.000 Kronen Schulden. Doch Münch verstand es, dem Siller und Blasat auch selbst Geld herauszulockern; bei Siller borgte er sich 38.000 Kronen und bei Blasat 3000 Kronen aus. Das Geschäft wurde jedoch nie zu einem Abschluß kommen. Münch versprach immer wieder, das ausgeborgte Geld zurückzuerstatten und schickte statt des Geldes raffiniert höfliche Entschuldigungsschreiben. Endlich wurde das ganze „Geschäft“ dem Simel zu dumm und er ließ Münch verhaften. Münch hatte natürlich sofort eine Ausrede zur Hand; er sei ein Franzose Louis Hammel ausgefressen, der ihm Aktien der Smichower Brauerei verschaffen wollte und ihm die Entschuldigungsbriefe an Simel diktiert habe. Die Geschworenen waren äußerst milde und bejahten nur die Frage auf Veruntreuung und Betrug, begangen an Simel, sodas der Angeklagte mit einem Jahre Kerker davonkam.

Jugendbewegung.

Kreisikonferenz des Kreises Troppau. Am 29. Oktober fand im Volkshaus in Troppau die ordentliche Kreisikonferenz des Troppauer Kreises des Sozialistischen Jugendverbandes statt. Die Konferenz war von 33 Beratern besucht, für die Partei war Genosse Jodl, für den Verband Genosse Paul antworfend. Die Berichte erstatteten die Genossen Langer und Ondrejka. Paul hielt ein ausführliches Referat über die Bildungsarbeit. In der Diskussion sprachen die Genossen Michalec, G. Tejschen, Ziegler, Sch. Vignat, Jodl, Willi-Troppau, Genossin Bauerl-Troppau, Genosse Langer und Genosse Jodl. Am Nachmittag sprach Genosse Paul über Organisationsfragen. Auch an dieses Referat schloß sich eine lebhafteste Debatte. Zum Kreisvertrauensmann wurde Genosse

Kugellager - Schreibmaschine
SMITH BROS
Wer eine Smith hat
bleibt ihr ewig treu.
1153 Generalvertreter
Prag. Subiana & Co. Filiale: Reichenberg, Gabelner-Str. 15.
Lucerna.

Verlangt ausschließlich
Schweineschmalz u. Schweinespeck
Marke Morris Supreme
von der
Morris Packing Company, Chicago.
Vertr.: Wih. Schlesinger & Co., Prag-Karlin.

Slawische
Versicherungs-Anstalt A.-G.
In Prag II., Václavské nám. 62
übernimmt Lebensversicherungen mit und ohne ärztlicher Untersuchung, Feuerversicherungen, Einbruchdiebstahl-Versicherungen, Unfall- und Haftpflicht-Versicherungen aller Art zu den günstigsten Bedingungen und billigsten Prämien.
Vertreter werden an allen Orten angestellt.

Otto Tische gewählt. Dem scheidenden Kreisvertrauensmann, Genossen Langer, sprach die Konferenz den Dank für seine Arbeit aus. Mit dem „Lied der Arbeit“ und „Jung frei“ wurde die Konferenz durch den Vorstehenden Genossen Nedela geschlossen. — Anlässlich der Kreisikonferenz fanden in Troppau, Jägerndorf, Waagstadt und Wignitz 11 Versammlungen statt, in denen Genosse Paul über „Wirtschaftskrise und Arbeiterjugend“ sprach.

Bereinsnachrichten.

„Naturfreunde“ Prag. Freitag, den 3. November, Unterhaltungsabend der „Naturfreunde“, Kaffee, Nizza, Weinkeller. Parteigenossen als Gäste willkommen. Am 5. November Ganztageausflug Cernovic-Karlstein; Abfahrt 10.22 Wilsonbahnhof. Führung Rißberger.

Turnen und Sport.

Heutige Wettspiele in Prag. Cechie-Smichow gegen Cechie-Karlin. Nachtragspiel: Viktoria-Bistow gegen Slavia. A. C. Sparta gegen Meteor VIII. DFC. gegen M.F. Vesolice.

Städtenspiel Wien-Prag. Das vor längerer Zeit angeregte Städtenspiel Wien-Prag wird trotz der vielen berechtigten Bedenken, die dagegen vorgebracht wurden, doch noch zustandekommen. Der Tschechoslowakische Verband hat für das erste Spiel in Prag den 10. Dezember und für das Rückspiel in Wien den 15. Feber vorge schlagen. Der Präsident des A.

Lebensversicherungsgesellschaft „Phoenix“
In Wien
schließt vortollhaft alle Arten von
Lebensversicherungen
insbesondere Vermicherungen ohne Arztliche Untersuchung bis zu Kč 10.000 mit sofortiger — auch für den Kriegsfall — uneingeschränkter Gültigkeit ab.
Vertreter werden zu günstigen Bedingungen angestellt.
Anfragen, Angebote u. dgl. sind zu richten an das Filialbüro für Groß-Prag, 255 Prag II., Václavské nm. 47.

Amerikanische Dauerbrand-Oefen
Mehr Wärme bei Heizmaterialersparnis!
Regieverkaufsstellen:
Reichenberg: Wienerstraße 11.
Marienbad: Kurh. Lothringen.
Brünn: Seitzgasse 7.
Mähr. Ostrau: Bahnhofstraße 17.
AMERICAN HEATING
AKL-Ges. Prag
Národní 33. Tel. 3428

Stadt- und Dorfgemeinde fordern
die Beantwortung einer Umfrage von Verwaltungsfragen. Road's Taschenbuch für Kommunalpolitiker bietet sich Ihnen auf diesem Gebiete als Führer an. Verschaffen Sie sich heute durch Postkarte bei der
Buchhandlung Freiheit
Teplitz-Schönan
Theatergasse 18.
Wollen Sie ständigen Verdienst? Schreiben Broß, Karda Releca. 110.

PIERING-SEMI U. ESSE
ist der beste!
zu haben in allen Konsum-Vereinen

Dr. F. V. würde aber als Wiener Termin gerne den 3. Juni sehen. Es wird also noch über den Termin zu Verhandlungen kommen, aber schließlich werden die geschäftlichen Interessen, die die Anregung zu diesem Spiele gegeben haben, zu einer Einigung führen. Aus Sportinteresse wird das Wettspiel jedenfalls nicht abgehalten.

Mitteilung aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen
fertigt **Optiker Deutsch, Prag**
Graben 25. Hl. Sauer.

Verein der deutschen Staatsangestellten in Prag. Am 5. November um halb 8 Uhr nachmittags gelangt im Neuen Theater die beliebte Operette „Der Tanz ins Glück“ zur Aufführung. Kartenvorverkauf im Vereinsheime, Prag-Neustadt, Stephansgasse 40, 1. Stod, von 5-7 Uhr nachmittags und außerdem im Deutschen Haus „Bohemischalter“. Ermäßigte Preise, keine Vorverkaufsgeld. Der Reinertrag fällt den Wohlfahrtsbestrebungen des Vereines zu. 1161

Berichtigung. In der samstägigen Anzeige der Kasseimportfirma Julius Meisl hat sich ein sinnstrender Druckfehler eingeschlichen, es soll dort richtig heißen Meisl's Jams.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Abtiegengesellschaft, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

Kč 240
ein vollener Herrenanzug neuesten Schnittes mit Wollserge.
240
ein vollener Übersieher mit Wollserge.
240
ein Kimonoreglen, auch anliegend.
240
ein kurzer Winterrock mit Felltragen.
Bessere und feinste Sorten Anzüge, Übersieher, Reglans, Gummimäntel, Paletot u. Pelze
Kč 290.-, 330.-, 390.-, 450.- u. höher
bis zur allerfeinsten Gattung.
Die Umsatzsteuer wird nicht zugeschlagen.
Muster u. Preislisten werden nicht versendet.
Auswahlsendungen werden nicht effektuliert.
Sendungen in die Provinz nur gegen Vorauszahlung franko.
Nichtkommentierendes wird umgetauscht, oder der Betrag retourniert.
Konfektionshaus Sigm. Stránský
Prag, Kyberská.